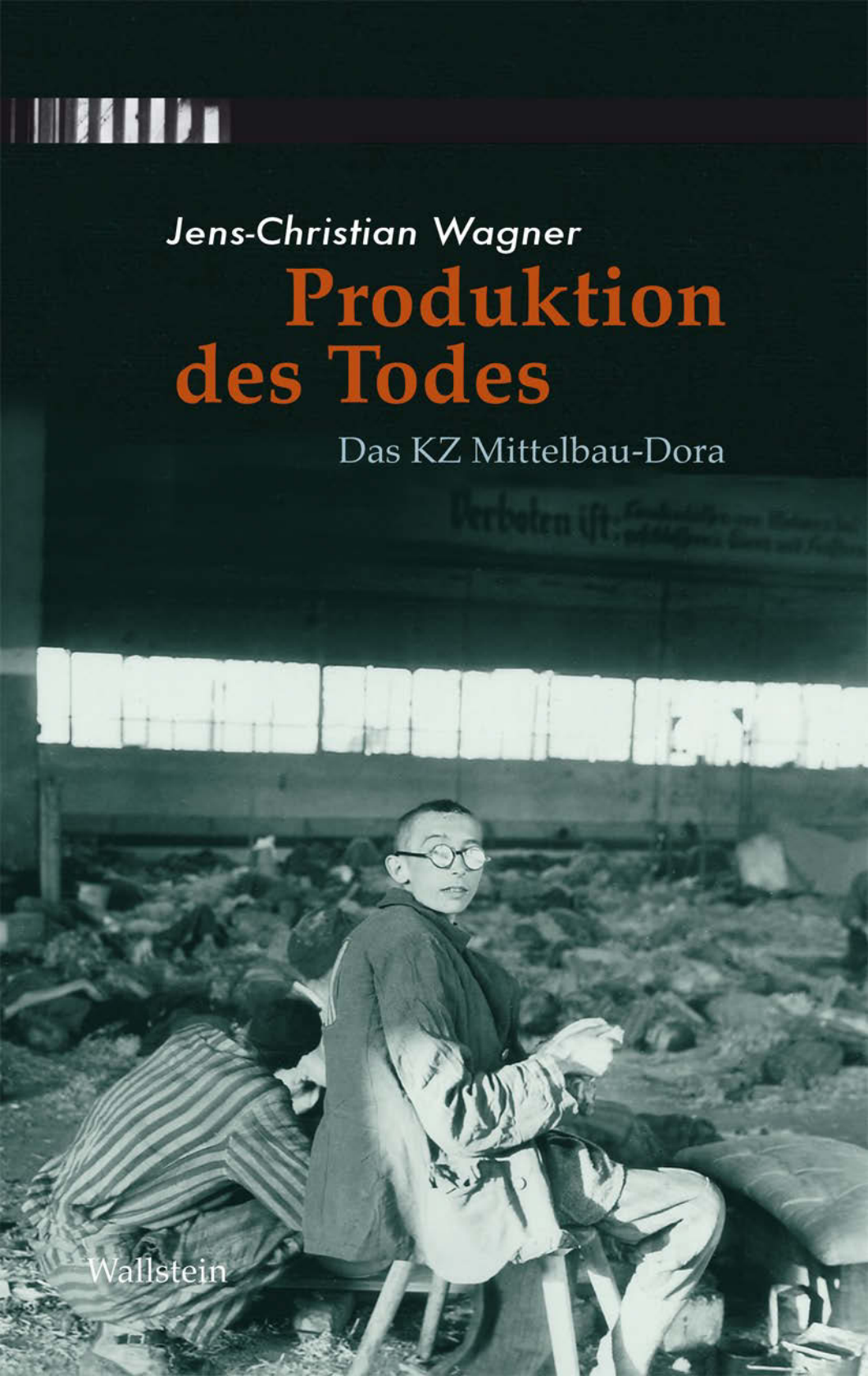
Jens-Christian Wagner

Produktion des Todes

Das KZ Mittelbau-Dora



Wallstein

Jens-Christian Wagner
Produktion des Todes

Jens-Christian Wagner

Produktion des Todes

Das KZ Mittelbau-Dora

Herausgegeben von der
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald
und Mittelbau-Dora

WALLSTEIN VERLAG

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
sowie von der Thüringer Staatskanzlei

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2015
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Befreite und tote Häftlinge in einer der beiden
als KZ genutzten Fahrzeughallen der Boelcke-Kaserne in Nordhausen,
11. April 1945. Foto: Roberts, NAW
Reproduktionen: SchwabScantechnik GmbH, Göttingen
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
ISBN (Print) 978-3-8353-1507-5
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2800-6

Inhalt

Vorwort 9

I. Einleitung 11

Forschungslage 15
Quellenlage und Methodik 22
Der Häftlingsbericht: Kritik einer Quellengattung 29

II. Erweiterung durch Zwangsarbeit: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager im Krieg 41

1. Strafe, Terror und Ausbeutung: Zur Entstehung des KZ-Systems . . 41

Entwicklungslinien des KZ-Systems 41
Von der Strafe zur Ausbeutung: Häftlingsarbeit im Konzentrationslager . . 48
Der Interessenkonflikt zwischen Polizei und SS-Verwaltung 56

2. Ausdehnung des Lagersystems: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie 60

Das Lagernetz: Die KZ-Außenlager 60
Die Verwaltung der KZ-Zwangsarbeit: Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 64
Häftlingsverleih an die Rüstungsindustrie 66

3. Eskalation des Häftlingseinsatzes: Die Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie 72

»Höhlenmenschen«: Die Verlagerung der Raketenrüstung 74
Versuch der Krisenbewältigung in letzter Stunde: Der Jägerstab und die Untertageverlagerung der Luftrüstung 86
Machtakkumulation im Untergang: Der Kammler-Stab 94
Treibstoff für die Jagdflugzeuge: Der Geilenberg-Stab 103

III. Der Tatort: Wirtschaft und nationalsozialistische Gesellschaft im Südharz 110

1. Zwischen Anpassung und aktiver Teilnahme: Eine agrarisch-industrielle Region unter NS-Herrschaft 110

Der Südharz: Verwaltungsstruktur einer Region 110
Industriestandort in der Provinz 113
Roter Harz? Die politische Entwicklung bis zur »Machtergreifung« . . . 117
Konsolidierung der NS-Herrschaft im Südharz 121
Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung 126

2. Aufrüstung im Südharz 130

Rüstungsaufträge für die regionale Industrie 130
Das Öllager im Kohnstein: Der Stollenbau der Wifo 134

3. Gewöhnung: Zwangsarbeit und »Ausländereinsatz« 139

Frühe Formen unfreier Beschäftigungsverhältnisse 139

Symbol und Mittel nationalsozialistischer Herrschaftssicherung: Das Lager 143
»Ausländereinsatz«: Kriegsgefangene und »Fremdarbeiter« 146
»… schwierige völkische Probleme«: Deutsche und Ausländer 158

IV. Tödliches Konstrukt: Das »Unternehmen Mittelbau« 165

1. Zwangsarbeit und Raketenrüstung: Das Außenlager Dora und die Mittelwerk GmbH 165

KZ-Häftlinge in Peenemünde 165
»Lebendig begraben«: Der Ausbau der Stollenanlage im Kohnstein 168
Strukturwandel: Der Umzug in das Barackenlager 175
Die Mittelwerk GmbH: Ein staatliches Rüstungsunternehmen 179
Die A4-Montage im Kohnstein 185
V1-Produktion und weitere Fertigungen 190
Expansion: Zulieferbetriebe und »Vorwerke« des Mittelwerkes 192
Lohn- und Zwangsarbeit: Die Belegschaft des Mittelwerkes 199

2. Illusion der Machbarkeit: Neue Bauprojekte und der Rüstungskomplex »Mittelbau« 203

Erste Verlagerungspläne des Junkers-Konzerns 203
Die Junkers AG im Kohnstein: Das Nordwerk 207
Die Untertageprojekte der SS-Führungsstäbe 210
Infrastrukturmaßnahmen: Die Baustellen des Führungsstabes B 13 214
Konkurrenz: Untertageverlagerungsvorhaben des Geilenberg-Stabes und der OT 217
»Raumplanung«: Das Zentralquartieramt Mittelbau 222

3. Das dichte Netz der Außenlager: Der Lagerkomplex Mittelbau-Dora 223

Das »Bau-KZ«: Die Herausbildung des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora . . 225
Fortschreitende Ausbreitung: Das KZ Mittelbau als selbständiges Konzentrationslager 238

4. Zerfall und Raketenphantasien: Das Ende der Mittelbau-Lager 245

Die Ankunft der Räumungstransporte aus Auschwitz und Groß-Rosen 245
Fiktion eines Raketenzentrums: Entwicklungsgemeinschaft Mittelbau . . . 252
Auflösung: Todesmärsche und Befreiung 256

V. Zwischen Dachauer Modell und Improvisation: Das SS-Personal des KZ Mittelbau 269

1. Die Verwaltung des Mordens: Organisationsstruktur und Leitung der Mittelbau-Lager 269

Verwaltungsgliederung des KZ Mittelbau-Dora 269
Die Kommandanten: Otto Förschner und Richard Baer 280
»Der Schrecken vom Lager«: Die Lagerführer 289

2. »SS-Totenkopfsturmbann Mittelbau«:
Die Bewachungsmannschaften 306
Organisationsstruktur 306
Die Hilfstruppen der SS:
Zur Zusammensetzung der Wachmannschaften 309
3. Macht und Terror 319
Schikane, Misshandlungen und Strafen 319
Folter und Mord: Die Haft im »Bunker« 324
Hinrichtungen 326

VI. Mobile Selektion:
Leben und Sterben in den Mittelbau-Lagern 331
1. Schrittweises Sterben: Arbeit und Vernichtung 332
Arbeit im Baukommando 333
Arbeit in einem Produktionskommando 338
Arbeit im Lager: Die »Lagerwirtschaft« 342
Strafkommandos und Schikanearbeiten 345
Terror bei der Arbeit: Gewaltanwendung
als konstitutives Element der Zwangsarbeit 347
Sterben »nur aus Erschöpfung«: Arbeitszeiten und Anmarschwege 350
»Verbilligung der Arbeit«?
Die Haltung der Unternehmen zur KZ-Zwangsarbeit 355
2. Opferhierarchien? Die Häftlingsgesellschaft 363
»… in allen Baracken herrscht ein Völkerdurcheinander«:
Ethnische und rassistische Hierarchien 366
Besondere Häftlingsgruppen 373
Sukzessive Ausweitung der Haftkriterien: Neue Einweisungskategorien . . . 389
Zwischen Widerstand und Kollaboration: Die Häftlingsverwaltung . . . 398
Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes 410
3. Der Kampf ums Überleben: Der »Lageralltag« 419
Vom Menschen zur Nummer: Einlieferungsrituale 420
Macht über die Zeit: Das Appellstehen 421
»Die meisten taten es aus Not und Hunger«:
Der Kampf um Essen und Schlafstelle 423
Kulturelle Überlebensstrategien 425
Die Verbindung zum Leben: Außenkontakte 428
4. Selektion und Tod:
Der Leidensweg durch die Mittelbau-Lager 433
»… in einem erbärmlichen Zustand«: Die Bekleidung der Häftlinge . . . 434
»… krank vor Hunger«: Die Verpflegung 438
Improvisation mit tödlichen Folgen: Die Unterkünfte 441
Krankheit und Hygiene 447
Tod auf Raten: Mobile Selektion und kalkuliertes Sterben 455

VII. Das KZ-System in der Tätergesellschaft:
Das KZ Mittelbau-Dora und sein Umfeld 465

1. »Totale Arbeitsordnung«: Zur Struktur von Zwangsarbeit
und nationalsozialistischem Lagersystem 466

Das Lagergeflecht im Südharz 467
Die Boelcke-Kaserne als Mikrokosmos
des nationalsozialistischen Lagersystems 469
»… sonst geht's ab nach nebenan«:
Die Mittelbau-Lager als Disziplinierungselement 472

2. Konkurrierende Überwachung:
Repressionsinstanzen im »Sperrgebiet Mittelbau« 479

Gestapo-Außendienststelle Niedersachswerfen 480
SD-Außenstelle Niedersachswerfen 483
Betriebliche Überwachungsinstanzen:
Abwehrbeauftragte und Werkschutzabteilungen 486
Helmut Bischoff: Vom Abwehrbeauftragten des Sonderausschusses
A4 zum Kommandeur der Sicherheitspolizei z. b. V. 487
Rüstungszentrum und Todeszone: Der Sperrkreis Mittelbau 490

3. Erosion zivilisatorischer Werte?
Die Mittelbau-Lager in der Tätergesellschaft 494

»Diese Dinge waren allgemein bekannt.«
Berührungspunkte zwischen den Lagern und der Bevölkerung 495
»Nachts sah ich nur noch gestreift …«:
Die Haltung deutscher Arbeitskräfte gegenüber den KZ-Häftlingen . . 507
»Wir fuhren immer schnell vorbei«:
Die Wahrnehmung der Lager durch die Bevölkerung 512
»Ich habe mir nichts Böses dabei gedacht.«
Zur Motivationsstruktur der Mittäterschaft 519
»… ein wenig erfreulicher Anblick«:
Die Lager und ihr Umfeld nach Kriegsende 522

VIII. Schluss 532

Quellen und Literatur 540
Abkürzungen 589
Anlagen 593
Personenregister 652
Ortsregister 656
Firmenregister 661

Vorwort

Seit Erscheinen der ersten Auflage meiner Lagermonographie zum KZ Mittelbau-Dora im März 2001 sind nunmehr fast 15 Jahre vergangen – in der Zeitgeschichtsschreibung eine halbe Ewigkeit. Seither sind zahlreiche neue Arbeiten zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und ihrer Nachgeschichte erschienen, und neue Quellen, auch zur Geschichte Mittelbau-Doras, wurden erschlossen. Nachdem die zweite Auflage von 2004 vergriffen war, schien es mir daher kaum sinnvoll, das mittlerweile veraltete Buch, das auf meiner 1999 an der Universität Göttingen eingereichten Dissertation fußte, nur nachzudrucken. Stattdessen liegt nun eine grundlegend überarbeitete, erweiterte und auf den neuesten Forschungsstand gebrachte Neuauflage vor.

Ein bedrückendes Thema wie die Geschichte eines Konzentrationslagers zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Abhandlung zu machen war nur möglich mit der Unterstützung von Freunden und Freundinnen, denen ich herzlich danken möchte. Georg Wamhof, Oliver Tauke und Dr. Miriam Rürup begleiteten meine Arbeit von Beginn an und standen immer für Diskussionen und inhaltliche Ratschläge zur Verfügung. Sie lasen ebenso frühere Fassungen des Textes wie Dr. Karin Gille, die mir in der Schlussphase der Dissertation mit vielen kritischen Kommentaren weiterhalf.

Für die wissenschaftliche Betreuung meiner Arbeit und viele kritische Kommentare und Anregungen danke ich Prof. Dr. Bernd Weisbrod und Prof. Dr. Alf Lüdtke, die meine Dissertation betreuten und begutachteten. Viele Kolleginnen und Kollegen haben inhaltliche Fragen mit mir diskutiert und wichtige Hinweise gegeben. Gedankt sei vor allem Dr. Bernhard Strebel, Dr. Karola Fings, Rainer Fröbe, Alfred Gottwaldt, Dr. Joachim Neander und Dr. Michael Neufeld.

Einen ganz wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieses Buches hatten die Gespräche mit Überlebenden, die es mir ermöglichten, vieles zu verstehen, was bei der Lektüre schriftlicher Quellen verborgen blieb. Stellvertretend für viele andere geht mein Dank an Bernard d'Astorg, Yves Béon, Albert van Dijk, Godfried Elzenga, Willi Frohwein, Louis Garnier, Albert van Hoey, Marian Jakubowicz, Noah Klieger, Marcel Mathieu, Zbigniew Mikołajcak, Boris Pahor, David Salz, André Sellier, George Stein und Dick de Zeeuw. Die meisten von ihnen sind mittlerweile verstorben; ihnen möchte ich diese Arbeit widmen.

In den meisten Archiven fand ich freundliche Aufnahme und Unterstützung, wofür ich sehr zu Dank verpflichtet bin. Ganz besonders danken möchte ich meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in den Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Buchenwald. Insbesondere Dr. Imanuel Baumann, Dr. Jens Binner, Angela Fiedermann, Johanna Grützbauch, Andreas Frösе-Karow, Brita Heinrichs, Dr. Regine Heubaum, Torsten Hess, Torsten Jugl,

Holm Kirsten, Prof. Dr. Volkhard Knigge, Dr. Michael Löffelsender, Rikola-Gunar Lüttgenau, Dr. Philipp Neumann-Thein, Nina Reip, Wolfgang Röll, Sonja Staar, Dr. Harry Stein, Sabine Stein, Dr. Karsten Uhl und Johanna Wensch haben mir in den vergangenen 15 Jahren geholfen, den Kenntnisstand zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora gemeinsam zu erweitern.

Die Volkswagen-Stiftung förderte meine Arbeit an der Dissertation durch ein mehrjähriges Stipendium, und die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ermöglichte wie schon bei der Erstauflage des Buches die Drucklegung. Beiden Institutionen sei dafür herzlich gedankt.

Mein größter Dank geht an Wiebke, Marieke und Lotte Wagner. Eine bessere Stütze als Euch gibt es nicht!

Celle, im Sommer 2015
Jens-Christian Wagner

I. Einleitung

Als am 11. April 1945 die ersten Soldaten der 3. US-Panzerdivision im thüringischen Nordhausen einrückten, machten sie im Industriegebiet am südlichen Stadtrand eine grausige Entdeckung: In den Trümmern einer durch Luftangriffe zerstörten Kaserne fanden sie die Leichen von über 1200 ausgemergelten und bis auf die Knochen abgemagerten KZ-Häftlingen vor. Zwischen den Toten lagen einige Hundert Kranke und Sterbende, denen die Befreier kaum noch helfen konnten. Noch am gleichen Tag betraten amerikanische Soldaten am Fuß des nur wenige Kilometer vom Zentrum der Stadt entfernten Kohnsteins ein weitgehend leerstehendes großes Barackenlager, dessen Insassen bis auf zahlreiche Tote und einige Hundert zurückgelassene Kranke wenige Tage zuvor von ihren Bewachern verschleppt worden waren.

Das Barackenlager trug die Bezeichnung »Dora« und war das Zentrum eines dichten KZ-Komplexes von zuletzt über 40 Lagern, der sich über die gesamte Region um Nordhausen erstreckte und von der SS-Verwaltung als »KZ Mittelbau« geführt wurde.[1] Eines dieser Lager befand sich in der Boelcke-Kaserne in Nordhausen. Trotz der kurzen Zeit seines Bestehens (es existierte nur rund drei Monate) wurde das Lager in der Boelcke-Kaserne zum Todesort von etwa 6000 KZ-Häftlingen, die in Rüstungsbetrieben und auf Baustellen in und um Nordhausen hatten arbeiten müssen.

Damit deuten sich die beiden Faktoren an, die das KZ-System in den letzten Kriegsjahren entscheidend prägten: Erstens beschränkte es sich nicht mehr auf die im diffusen »Osten« gelegenen Vernichtungslager oder die bekannten, scheinbar isolierten großen Konzentrationslager wie Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald, sondern es bestand aus einem dichten Netz von Haupt- und Außenlagern, das bis in den letzten Winkel Deutschlands reichte und der Bevölkerung täglich die Schrecken der NS-Verbrechen vor Augen führte. Damit gehörten die Lager zum Kriegsalltag der Tätergesellschaft, die in der Auflösungsphase des »Dritten Reiches« vom KZ-Terror durchdrungen war. Zweitens wurde mit dem »Arbeitseinsatz« der Häftlinge in der deutschen Kriegswirtschaft die Zwangsarbeit zum bestimmenden Element der NS-Vernichtungspolitik. Sie tötete die Häftlinge, sei es durch mörderische Arbeitsbedingungen oder durch Selektion und Ermordung von »Arbeitsunfähigen«. Diese Faktoren, also das Wechselverhältnis von Arbeit und Vernichtung sowie die gesellschaftliche Durchdringung des KZ-Systems, bilden den Aus-

1 Das Lager »Dora« war zunächst ein Außenlager des KZ Buchenwald. Im Herbst 1944 wurde es zum Hauptlager des nunmehr selbständigen KZ Mittelbau. Die Bezeichnung »KZ Mittelbau-Dora« (die kein Quellenbegriff ist) wird im Folgenden immer dann verwendet, wenn die gesamte Bestehenszeit des Außenlagers Dora bzw. des KZ Mittelbau gemeint ist, also der Zeitraum vom 28.8.1943 bis zum 11.4.1945.

gangspunkt für die zwei Fragenkomplexe, die im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen.

Der Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft führte ab 1942 zu einer grundlegenden Neubestimmung des Wertes der Arbeitskraft der Lagerinsassen. Der »Häftlingsverleih« an Rüstungsbetriebe, noch stärker aber der Einsatz von KZ-Häftlingen in den Bauprojekten bei der angestrebten Verlagerung der Rüstungsindustrie hatte in den letzten Kriegsjahren zur Folge, dass nun nicht mehr allein die Disziplinierungs- und Terrorfunktion der KZ-Arbeit im Vordergrund stand, sondern ökonomische Aspekte an Bedeutung gewannen. Da sich an der Vernichtungsabsicht gegenüber bestimmten Häftlingsgruppen wie Juden oder Sinti und Roma nichts änderte, geriet die Häftlingsarbeit in einen inneren Widerspruch zwischen den Polen Arbeit und Vernichtung. Dieses Spannungsverhältnis am konkreten Beispiel des KZ Mittelbau-Dora zu analysieren ist ein Anliegen der vorliegenden Untersuchung.

In der Öffentlichkeit und in der Forschung galt das KZ Mittelbau-Dora lange als »Produktionsstätte der V-Waffen« (so der Titel einer DDR-Broschüre aus den 1970er Jahren[2]). Der von der NS-Propaganda geschaffene Mythos der »Vergeltungs«- oder »Wunder«-Waffen wirkt bis heute fort und wird durch mystifizierende Buchtitel wie etwa »Geheimprojekt Mittelbau«[3] weitergetragen und festgeschrieben. Nebenbei entspricht die Betonung der Geheimhaltung einer apologetischen zeitgenössischen Wahrnehmungsstereotype, bot die – meist eher sprachlich als real vorhandene – Tarnung doch das Angebot an jeden Zuschauer und Nutznießer, sich aus der eigenen Verantwortung zu ziehen. Der Topos des »Wir haben nichts gewusst« konnte nach dem Krieg nahtlos auf diesem Wahrnehmungsangebot aufbauen.

Die Bilder vom »Raketen-KZ« und vom »Geheimprojekt« entsprechen jedoch, wie die vorliegende Studie zeigt, nicht der historischen Realität. Zwar begann die Geschichte des KZ Mittelbau-Dora mit der Verlagerung der Raketenmontage von Peenemünde in das von Häftlingen aus dem Lager Dora ausgebaute unterirdische Mittelwerk, tatsächlich war aber seit dem Frühjahr 1944 nur eine Minderheit der Insassen des sich immer mehr ausbreitenden Lagerkomplexes Mittelbau-Dora in der Raketenmontage eingesetzt. Der weitaus größere Teil der Häftlinge musste unter katastrophalen Bedingungen auf den zahlreichen Baustellen in der Region um Nordhausen arbeiten, die im Rahmen der angestrebten Untertageverlagerung der deutschen Luftrüstung eingerichtet wurden. Das KZ Mittelbau war mithin, wie sein Name bereits andeutet, ein ausgesprochenes »Bau-KZ«.

Die Wechselwirkungen zwischen Bau- und Produktionskommandos waren entscheidend für die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mittelbau-La-

2 Dieckmann/Hochmut, KZ Dora-Mittelbau.

3 Bornemann, Geheimprojekt. Ähnlich: Pelny/Weisshaupt, Geheimwaffen; Dittmann/Michels, Geheimwaffenproduzent; Baranowski, Geheime Rüstungsprojekte.

gern.[4] Durch die Zwangsarbeit wurden die Häftlinge in zwei Gruppen geteilt, auf der einen Seite die von der SS als »Fertigungshäftlinge« bezeichneten in den Rüstungsbetrieben Arbeitenden, auf der anderen Seite die »Bauhäftlinge«. Diese hatten unter wesentlich härteren Arbeitsbedingungen zu leiden, da sie der SS als ersetzbar galten. Ihre an den Maschinen arbeitenden Mithäftlinge mussten dagegen häufig über einen längeren Zeitraum eingearbeitet werden, und ihr Ausfall bedeutete einen wirtschaftlichen Schaden für den betreffenden Betrieb. Die vorliegende Arbeit zeigt den Zusammenhang von Vernichtung und Arbeit im Häftlingsalltag des Mittelbau-Komplexes auf. Sie soll klären, inwieweit sich die an den Arbeitsplätzen nach ökonomischen Prinzipien vorgenommene Segregation der Häftlinge in den einzelnen Lagern fortsetzte, hingen doch die Überlebenschancen nicht nur von der konkreten Häftlingsarbeit ab. Andere Faktoren kamen dazu, wie die Zusammensetzung und das Handeln der Wachmannschaften, der Aufbau der Häftlingsgesellschaft und das Verhalten der Funktionshäftlinge, der Zustand der Unterkünfte, die hygienischen Verhältnisse, die Krankenbehandlung, die Kleidung und Ernährung, und, nicht zu unterschätzen, das Verhalten der Häftlinge selbst, das durch soziale und habituelle Prägungen aus der Zeit vor der Verhaftung bestimmt war.

Zur Klärung dieser Punkte müssen die Entstehungsbedingungen des Lagersystems und seine Funktion für den geplanten industriellen Komplex im Südharz eingehend analysiert werden. Dazu gehören ebenso Fragen nach den Wechselwirkungen zwischen den Lagern als auch nach der Organisation der Häftlingsarbeit in den einzelnen Lagern bzw. auf den Baustellen und in den Betrieben: Wie sahen die Verleihmodalitäten des Häftlingseinsatzes im einzelnen aus? Welche Haltung vertraten dabei die beteiligten Rüstungs- und Bauunternehmen, und wie wirkten sich die immer wieder von Unternehmen wie SS-Führungsstäben aufgestellten Forderungen nach Effektivität und Produktivität des Häftlingseinsatzes auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Mittelbau-Komplex aus? Erst die Analyse der konkreten Fallbeispiele lässt schließlich Antworten auf die Frage nach der übergeordneten volkswirtschaftlichen »Effizienz« der Häftlingsarbeit zu. Dabei wird neben dem Aufbau der SS-»Arbeitseinsatz«-Verwaltung auch das Beziehungsgeflecht zwischen den von der Häftlingsarbeit profitierenden Firmen und der SS untersucht. Ferner wird nach der Rolle der übergeordneten Leitungsgremien gefragt, also des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes und der interministeriellen »Sonderstäbe«, welche die Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie koordinierten.[5] In diesem Zusammenhang soll die vorliegende Arbeit klären, welchen Sinn NS-Führung und Rüstungsindustrie der Chimäre des Südharzer Rüstungszentrums überhaupt beimaßen. Warum hielten viele an der Fiktion eines Raketenzentrums im Südharz auch dann noch fest, als das Kriegsende unmittelbar

4 Vgl. Wagner, Außenlagersystem.
5 Vgl. dazu Naasner, Machtzentren.

bevorstand? Schließlich wird angesichts der zumindest scheinbaren Gegensätzlichkeit zwischen irrationalem, ideologisch fundierten Vernichtungsdruck einerseits und einem rationalen, ökonomischen Interesse am Erhalt der Häftlingsarbeitskraft andererseits der weitverbreitete Begriff der »Vernichtung durch Arbeit« einer kritischen Prüfung unterzogen.[6]

Die Lager des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora bildeten den grausamen Kern eines Zehntausende von Arbeitskräften umfassenden Lagerkosmos im Südharz. Weder in ihrer Funktion noch in der gesellschaftlichen Einbettung waren die Mittelbau-Lager isolierte Erscheinungen. Sie waren von einer Vielzahl von Lagern anderer Kategorien umgeben, also etwa Kriegsgefangenenlagern, »Fremdarbeiter«-Lagern und Internierungslagern der Gestapo oder der Organisation Todt (OT). Vielfach arbeiteten deutsche Zivilbeschäftigte, ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge nebeneinander in den Betrieben und auf den Baustellen, bisweilen waren sie sogar – nur durch Zäune getrennt – im selben Lager untergebracht.[7] Hier setzt der zweite Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung an. Die Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Konzentrationslagern und den Lagern anderer Kategorien bildet den Ausgangspunkt für diesen Fragenkomplex. Welche Ausmaße nahmen die Häftlingsüberstellungen von »Fremdarbeiter«- oder Kriegsgefangenenlagern in die teilweise unmittelbar angrenzenden Konzentrationslager an? Welche Einrichtungen (Krankenreviere, Lagerärzte, Gefängnisse) wurden von Lagern verschiedener Kategorien gemeinsam genutzt? Für die Untersuchung der Überlebensbedingungen der KZ-Häftlinge ist darüber hinaus entscheidend, wie sich die Kontakte zwischen den Arbeitskräften verschiedener Kategorien auf die Existenzbedingungen der KZ-Insassen und auf die Haltung anderer Arbeitskräfte auswirkten. Dazu zählt auch die Frage, wie die deutschen Vorarbeiter den ihn unterstellten Häftlingen begegneten.

Schließlich ist das Ausmaß der gesellschaftlichen Durchdringung der Mittelbau-Lager zu klären. Welche Rolle spielte die Zusammenarbeit der Lagerverwaltungen mit kommunalen Behörden und Institutionen? Wie wirkte sich die ständige Erweiterung des Rekrutierungsfeldes der Wachmannschaften auf die Bedingungen in den Lagern aus? Die wechselseitige Infiltration von Lagern und gesellschaftlichem Umfeld hatte zur Folge, dass der Bevölkerung im Umfeld der Lager die Realität des Lagerterrors kaum verborgen blieb. Die »Zebras«, wie die Häftlinge wegen ihrer blau-weiß gestreiften Kleidung von den Einheimischen bald genannt wurden, gehörten im letzten Kriegsjahr zum

6 Zur Diskussion um diesen Begriff und die sich dahinter verbergende ältere Debatte um den Primat von Politik oder Ökonomie vgl. etwa Herbert, Arbeit und Vernichtung, sowie Schneider, Vernichtungspolitik.

7 An dieser Stelle ist eine Anmerkung zur Benutzung weiblicher und männlicher Sprachformen angebracht. Im Sinne der Lesbarkeit wird im Folgenden auf die eigentlich angebrachte Benutzung sowohl der weiblichen als auch der männlichen Formen verzichtet.

Straßenbild der meisten Ortschaften im Südharz. Die Frage nach der Wahrnehmung der Lager durch die Bevölkerung und dem Wirkungsgrad medialer Präsentation von Klischees wie dem »gefährlichen« und »gemeinschaftsfremden« KZ-Häftling steht im Mittelpunkt dieses Untersuchungsschwerpunktes – gerade auch vor dem Hintergrund der vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen retrospektiver und zeitgenössischer Wahrnehmung. In diesem Zusammenhang soll die vorliegende Untersuchung aufzeigen, welche Kontakte sich zwischen den Häftlingen und der Bevölkerung ergaben und wie sie sich auf das wechselseitige Verhalten auswirkten. Nicht die Frage nach dem Ausmaß des Wissens steht in diesem Kontext im Mittelpunkt, sondern die Analyse, welche Wahrnehmungs- und Handlungsstrategien sich aus dem Wissen entwickelten. Dabei zeigt sich, dass manche Einheimische nicht nur passive Zuschauer waren, sondern zu aktiven Mittätern wurden.

Damit stellt sich abschließend die Frage nach der Motivationsstruktur der Mittäterschaft. Die Beantwortung dieser Frage setzt eine eingehende Untersuchung des schleichenden Prozesses der Gewöhnung an die Zwangsarbeit und die gewalttätige Praxis der Unterdrückung, Ausgrenzung und Vernichtung von Minderheiten voraus. Um das Verhalten der Bevölkerung einordnen zu können, ist es außerdem nötig, die regionale politische und gesellschaftliche Ausgangssituation in den 1920er und 1930er Jahren zu klären.

Forschungslage

Lange waren es nahezu ausschließlich die Überlebenden, die über die nationalsozialistischen Konzentrationslager schrieben und neben der alliierten Fotoberichterstattung und den Berichten von den großen KZ-Prozessen von 1945 bis 1947 die Rezeption des KZ-Systems durch die Öffentlichkeit bestimmten. Eugen Kogons 1946 erstmals erschienenes und immer wieder neu aufgelegtes Buch über den »SS-Staat«, eine Mischung aus soziologischer Analyse und kollektivem wie auch individuellem Erinnerungsbericht, prägt bis heute das Bild der deutschen Öffentlichkeit von den Konzentrationslagern.[8]

Die (west)deutsche Geschichtsforschung hielt sich vom Phänomen der Konzentrationslager hingegen lange fern. Dies änderte sich – wenn auch langsam – erst in den 1960er Jahren. 1962 erschien mit Eberhard Kolbs Studie über Bergen-Belsen die erste Monographie eines Einzellagers, und wenig später legte Enno Georg eine Untersuchung zu den wirtschaftlichen Unternehmungen der SS vor.[9] Hervorgegangen aus einem Gutachten für den Frankfurter Auschwitz-Prozess erschien 1965 Martin Broszats grundlegende Gesamtdarstellung »Die nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933-1945«, der 1968 Olga Wormser-Migots in Deutschland kaum rezipierte französische Untersuchung

8 Kogon, SS-Staat.

9 Kolb, Bergen-Belsen; Georg, Unternehmungen.

zum »système concentrationnaire Nazi« folgte.[10] Mit den von Martin Broszat herausgegebenen »Studien zur Geschichte der Konzentrationslager«, in denen Einzeluntersuchungen zu sechs Konzentrationslagern, darunter dem KZ Mittelbau-Dora, vorgelegt wurden[11], war diese erste Phase der historiographischen Auseinandersetzung mit dem System der Konzentrationslager auf westlicher Seite zunächst erst einmal beendet, denn mit Ausnahme von Falk Pingels bahnbrechender Studie über »Häftlinge unter SS-Herrschaft« und einem Sammelband über einige Außenlager des KZ Natzweiler in Württemberg folgte diesen Arbeiten in den 1970er Jahren kaum noch etwas.[12]

Mit der Betonung regional- und alltagsgeschichtlicher Aspekte erwachte die bundesrepublikanische KZ-Forschung erst Mitte der 1980er Jahre wieder zu neuem Leben. Den Hannoveraner Arbeiten von Rainer Fröbe und anderen folgten bald zahlreiche zum Teil detaillierte Studien zu verschiedenen KZ-Außenlagern.[13] Da die meisten Außenlager im Rahmen des Häftlingseinsatzes in der Rüstungsindustrie eingerichtet wurden, lag ein wesentlicher Schwerpunkt dieser Studien auf der Untersuchung der Häftlingsarbeit.[14] Die vorliegende Arbeit baut in ihrem ersten Fragenkomplex zum Verhältnis zwischen den beiden Polen Vernichtung und Arbeit auf den Ergebnissen dieser Untersuchungen auf.

Kaum noch überschaubar wurde die Menge an (qualitativ sehr unterschiedlichen) Lokalstudien mit dem Boom der Forschung zu den Konzentrationslagern in den 1990er Jahren und in der ersten Hälfte der 2000er Jahre.[15] Wie weitreichend das Wissen auch zu kleineren und abgelegenen Lagern mittlerweile ist, zeigen nicht zuletzt die von Wolfgang Benz und Barabara Distel sowie vom U. S. Holocaust Memorial Museum in Washington herausgegebenen Lagerenzyklopädien.[16] Auch einige Hauptlagermonographien[17] und Studien zum administrativen Überbau der Konzentrationslager entstanden in dieser Zeit.[18]

10 Broszat, System; Wormser-Migot, Système. Bereits einige Jahre zuvor erschien in der DDR die wissenschaftlichen Ansprüchen jedoch kaum genügende Gesamtdarstellung von Kühnrich, KZ-Staat.

11 Bornemann/Broszat, KL Dora-Mittelbau.

12 Pingel, Häftlinge; Vorländer, Konzentrationslager.

13 Neben Vorländers Sammelband (s. o.) seien als Beispiele für diese Pionierstudien genannt: Fröbe u. a., Konzentrationslager; Freund, Arbeitslager Zement; Perz, Projekt Quarz; Raim, Dachauer KZ-Außenkommandos.

14 Vgl. dazu auch die Beiträge von Ulrich Herbert, Gerd Wysocki und Zdenek Zofka zur »Sklavenarbeit im KZ« in den Dachauer Heften 2 (1986).

15 Den besten Forschungsüberblick bietet Wachsmann, Looking into the abyss.

16 Benz/Distel, Ort des Terrors, Bd. 1-9; Megargee, Encyclopedia.

17 Am ertragreichsten Sprenger, Groß-Rosen; Strebel, Ravensbrück, und Steinbacher, Auschwitz.

18 So etwa die mehr oder weniger parallel entstandenen Studien zum SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt von Jan Erik Schulte (Zwangsarbeit) und Michael Thadd Allen (Business). Ereignis- und institutionsgeschichtlich kommen darin beide Autoren trotz unterschiedlicher Deutungen (Schulte argumentiert strukturalistisch, Allen hingegen eher in neo-intentionalistischer Perspektive) zu ähnlichen Ergebnissen.

Das gilt ebenso für Karin Orths lange wichtigste Überblicksdarstellung zum Thema.[19] Sie wurde erst 2015 durch Nikolaus Wachsmanns Studie »KL« abgelöst, die als neues Standardwerk zur KZ-Geschichte gelten kann.[20]

Trotz übergreifender Fragestellungen und zahlreicher Lokalstudien zu einzelnen Außenlagern blieben Studien zu Außenlager*komplexen* lange aus.[21] Mittlerweile – nach Erscheinen der ersten Auflage des vorliegenden Buches im Jahr 2001 – hat sich das mit Marc Buggelns Studie zu den Außenlagern des KZ Neuengamme und Sabine Schalms Arbeit zum Lagerkomplex des KZ Dachau geändert.[22] Allerdings betrachten auch diese beiden Autoren die Konzentrationslager kaum in ihrem Beziehungsgeflecht zu anderen Lagertypen.[23]

Überhaupt spielte das Wechselverhältnis zwischen Konzentrationslagern und Gesellschaft in der Forschung lange nur eine sehr untergeordnete Rolle – angesichts des Umstandes, dass viele der frühen Lokalstudien im Zuge des Aufschwungs der Alltagsgeschichte entstanden, ein eigentlich überraschender Befund. Dass die Forschung das Problem zwar erkannte, die Untersuchungen zu diesem Thema aber noch sehr am Anfang standen, zeigte auch der Inhalt der meisten Beiträge zum Thema »Konzentrationslager: Lebenswelt und Umfeld«, die Ende 1996 in den Dachauer Heften erschienen und mit Ausnahme zweier Texte[24] mehr Fragen als Antworten boten.[25] Die ersten Studien, die sich eingehender mit diesem Thema befassten, näherten sich ihm überraschenderweise nicht über die Außenlager, sondern über die beiden Hauptlager Dachau und Buchenwald an.[26] Auch in diesen beiden Arbeiten wurden aber die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Lagertypen und Formen unfreier Arbeit ausgeklammert, deren Analyse für das Verständnis des komplexen nationalsozialistischen Lagersystems und seiner Wahrnehmung durch die Tätergesellschaft die Voraussetzung bildet. Zudem werden in beiden Studien

19 Orth, System.

20 Nikolas Wachsmann, KL.

21 Erste Annäherungen zu diesem Thema legten Christa Naumann zu den Außenlagern des KZ Buchenwald und Walter Kirstein zum Lagerkomplex des KZ Natzweiler vor. Vgl. Naumann, Zusammenwirken, sowie Kirstein, Natzweiler.

22 Buggeln, Arbeit & Gewalt; Schalm, Überleben.

23 Zur Geschichte unterschiedlicher Kategorien der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus vgl. überblicksartig Wagner, Zwangsarbeit; zu den unterschiedlichen Lagertypen Benz, Zwangslager.

24 Vgl. Koppenhöfer, KZ als Verhaltensmodell, sowie Schley, Weimar und Buchenwald.

25 Das gilt auch für den bereits Mitte der 1980er Jahre veröffentlichten Beitrag von Werner Johe, der eine erste Annäherung an das Thema darstellte; vgl. Johe, Das deutsche Volk. Auch der Umstand, dass in dem 1998 von Ulrich Herbert u. a. herausgegebenen umfangreichen Sammelband zur Geschichte der Konzentrationslager bei immerhin sieben Sektionen ein eigenständiger Abschnitt über die gesellschaftliche Einbettung der Lager fehlt, deutet auf die weitgehende Vernachlässigung des Themas in der früheren Forschung hin; vgl. Herbert/Orth/Dieckmann (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager.

26 Vgl. Steinbacher, Dachau, sowie Schley, Nachbar Buchenwald.

zwar eingehend die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den Lagern und den beiden Städten Weimar und Dachau analysiert, sie widmeten sich aber kaum der Frage nach der Motivationsstruktur der Mittäterschaft, jenes breiten Spektrums zwischen passiver Zeugenschaft und aktiver Teilnahme.[27] In dieser Hinsicht war Karola Fings 2005 vorgelegte Studie zu den SS-Baubrigaden, deren Häftlinge inmitten deutscher Großstädte Zwangsarbeit leisten mussten, sehr viel ertragreicher.[28] Das gilt auch für einige Außenlager-Monographien und neuere Studien zu den Massakern in den letzten Kriegsmonaten, insbesondere während der KZ-Todesmärsche.[29] Robert Gellatelys Buch »Hingeschaut und Weggesehen« verweist zwar zu Recht auf die breite Kenntnis in der deutschen Bevölkerung über die in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen, bringt aber zur Frage der Mittäterschaft wenig Neues.[30]

Das KZ Mittelbau-Dora galt lange als »vergessenes Lager«, ja sogar als »eines der bisher am wenigsten bekannten und erforschten nationalsozialistischen Konzentrationslager«, wie Joachim Neander in seiner Dissertation von 1996/97 schrieb.[31] Auf frühe Gesamtdarstellungen mag das noch zutreffen.[32] Immerhin gehörte das KZ Mittelbau-Dora jedoch zu den wenigen Lagern, die in den 1970 veröffentlichten »Studien zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern« vorgestellt wurden[33], und in der DDR gab es zu diesem Zeitpunkt bereits eine ganze Reihe detaillierter wissenschaftlicher Untersuchungen zum KZ Mittelbau-Dora, die allerdings zum Teil nur schwer zugänglich waren (und sind). Es handelt sich dabei um die Forschungsergebnisse einer von Walter Bartel[34] betreuten studentischen Forschungsgemeinschaft, die seit 1966 in Form von Diplomarbeiten und Dissertationen an der Berliner Humboldt-Universität vorgelegt wurden.[35] Mit diesen Arbeiten war das »kleine« KZ Mit-

27 Die weitgehende Aussparung der Grauzone der Mittäterschaft hat (nicht nur in diesen beiden Arbeiten) sicherlich auch methodische Ursachen, da angesichts einer verbreiteten schematischen Täter-Opfer-Sicht die vielen »kleinen« Mittäter kaum als eigenständige Akteure gesehen werden; vgl. Lüdtke, Funktionseliten.

28 Fings, Krieg, Gesellschaft und KZ. Vgl. auch dies., Sklaven für die Heimatfront.

29 Blatman, Todesmärsche 1944/45; Strebel, Celle. Beispielhaft für eine gelungene Einzelstudie zu einem Außenlager: Bütow/Bindernagel, KZ in der Nachbarschaft.

30 Gellately, Hingeschaut. Über das weitreichende Wissen der Deutschen über den Mord an den Juden vgl. Longerich, »Davon haben wir nichts gewusst!«; Bajohr/Pohl, Holocaust als offenes Geheimnis, sowie Dörner, Die Deutschen und der Holocaust.

31 Neander, Mittelbau, Einleitung, S. V.

32 So wird das KZ Mittelbau etwa in Broszats Studie von 1965 nur an zwei Stellen kurz erwähnt.

33 Vgl. Bornemann/Broszat, KL Dora-Mittelbau.

34 Walter Bartel (1904-1992) war selbst als politischer Häftling Vorsitzender des Illegalen Internationalen Lagerkomitees im KZ Buchenwald gewesen. Ab 1962 war er Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Deutsche Geschichte der Humboldt-Universität in Ostberlin.

35 Vgl. die Literaturübersicht in Bornemann/Broszat, KL Dora-Mittelbau, S. 155, Anm. 1. Hervorzuheben sind die Dissertationen von Götz Dieckmann und Laurenz Demps: Dieckmann, Existenzbedingungen; Demps, Ausbau.

telbau-Dora Ende der 1960er Jahre in der DDR besser erforscht als die »großen«, ebenfalls auf dem Gebiet der späteren DDR gelegenen Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Das hatte verschiedene Gründe: Zum einen trug der Essener Dora-Prozess von 1967 bis 1970, für den bereits 1960 die ersten Vorermittlungen bei der »Zentralen Stelle« in Ludwigsburg eingeleitet wurden und der bereits im Vorfeld in der DDR mit großem publizistischem Aufwand begleitet wurde[36], erheblich zu einer Intensivierung der Forschung zum KZ Mittelbau-Dora bei, wenn er sie nicht sogar auslöste.[37] Zum zweiten schienen sich am Beispiel des KZ Mittelbau-Dora sowohl die Rolle der kommunistischen Häftlinge im antifaschistischen Widerstand als auch die Verbindung von SS und »Monopolkapital« deutlich nachweisen zu lassen. Drittens lässt sich vermuten, dass die Geschichte des KZ Mittelbau-Dora aus SED-Sicht ideologisch nicht so belastet war wie die der Lager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen.[38]

Die Ostberliner Untersuchungen beschränkten sich jedoch weitgehend auf die Darstellung von Einzelaspekten am Beispiel des Hauptlagers Dora oder behandelten das KZ-System und die NS-Rüstungsindustrie im Allgemeinen. Die Außenlager Doras spielten somit in der gesamten Forschung der Ostberliner eine nur marginale Rolle. Da sämtliche bis 1990 in der DDR erschienenen Publikationen zur Geschichte des KZ Mittelbau auf den Ergebnissen dieser Arbeiten aufbauten, blieben neue Erkenntnisse seit Anfang der 1970er Jahre weitgehend aus; und manche Arbeit fiel sogar hinter die DDR-Forschungsergebnisse der 1960er Jahre zurück.[39]

Für die westdeutsche Forschung lässt sich Ähnliches konstatieren. Dort befasste sich bis Ende der 1980er Jahre nahezu ausschließlich Manfred Bornemann mit der Geschichte des KZ Mittelbau-Dora. Auch seine 1970 zusammen mit Martin Broszat[40] veröffentlichte Untersuchung und eine im Jahr darauf publizierte Gesamtdarstellung[41] bauten zu großen Teilen auf den Arbeiten aus Ostberlin auf und wurden später nicht mehr durch weitere Forschungen ergänzt. Immerhin hat Bornemann jedoch die Unterlagen des Anfang der 1970er

36 Vgl. die Sammlung »Reaktionen aus der DDR« in den Unterlagen des LG Essen, HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 299/667 passim.

37 Götz Dieckmann und Laurenz Demps nahmen als Mitarbeiter von DDR-Anwalt Friedrich-Karl Kaul, der als Nebenkläger auftrat, an den Verhandlungen in Essen teil und waren Autoren des zeitgeschichtlichen Gutachtens, das Walter Bartel für das Verfahren vorlegte: Bartel, Wehrwirtschaftsführer.

38 Zumindest fällt auf, dass trotz der erheblichen Bedeutung der Geschichte insbesondere des KZ Buchenwald für das ideologische Selbstverständnis der DDR größere wissenschaftliche Arbeiten (von Lagermonographien ganz zu schweigen) zu diesen Lagern in der DDR nicht erschienen sind. Eine Ausnahme stellt die Dissertation von Christa Naumann dar.

39 So etwa Pachaly/Pelny, Konzentrationslager Mittelbau-Dora.

40 Bornemann/Broszat, KL Dora-Mittelbau.

41 Bornemann, Geheimprojekt (1971).

Jahre noch zugänglichen Archivs des Internationalen Suchdienstes (ITS) in Arolsen sowie andere Quellen auswerten können, die der Berliner Forschungsgruppe nicht zur Verfügung standen. Allerdings reduzierte er insbesondere in der 1971 veröffentlichten Gesamtdarstellung die Geschichte des KZ Mittelbau weitgehend auf die des Mittelwerkes und der V-Waffen-Produktion. Mit einer rein technik- oder militärgeschichtlichen Fragestellung berührten auch einige andere westliche Studien über die V-Waffen den Themenkomplex Mittelbau-Dora. Die Existenzbedingungen der Häftlinge sparen diese Arbeiten jedoch völlig aus.[42]

Seit 1989 erschienen einige Studien, die den Aspekt der Verantwortung der Wissenschaftler bei der V-Waffen-Produktion und die Interdependenz von technischem Fortschritt und Menschenverachtung in den Mittelpunkt stellten.[43] Dass dieses Thema an Aktualität nicht verloren hat, zeigen die erbitterten Debatten der letzten Jahre um die Umbenennung von Wernher-von-Braun-Gymnasien und Straßen in Bayern und Hessen sowie Diskussionen um die Ausrichtung des Historisch-Technischen Museums in Peenemünde.[44] Doch auch diese Arbeiten waren – in Bezug auf das KZ Mittelbau – zwangsläufig auf die Geschichte des Hauptlagers Dora ausgerichtet und vernachlässigten die herausragende Bedeutung der Bauvorhaben und des Lagernetzes im Harz. Erst in den letzten Jahren widmeten sich einzelne, zum Teil jedoch unveröffentlichte Arbeiten dem Lager*komplex* Mittelbau-Dora[45] und der Binnenstruktur der Mittelbau-Lager.[46]

Zwei neuere Arbeiten erheben den Anspruch einer Gesamtdarstellung zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora: die bereits erwähnte Dissertation von Joachim Neander und eine Lagergeschichte des französischen Historikers und ehemaligen Mittelbau-Häftlings André Sellier.[47] Beide Arbeiten werden diesem Anspruch jedoch nicht ganz gerecht. Neander, dessen Arbeit sich hauptsächlich der Räumung des KZ Mittelbau im April 1945 und den

42 Vgl. etwa Hölsken, V-Waffen; Irving, Geheimwaffen; Ludwig, Technik und Ingenieure. Als ein besonders abschreckendes Beispiel rein technikgeschichtlicher Darstellungen sei die 1952 erschienene und seither mehrfach wiederaufgelegte Autobiographie Dornbergers genannt: Dornberger, V-2 (aktuelle Neuauflage: Peenemünde. Die Geschichte der V-Waffen). Dieser Erlebnisbericht eines Täters zeigt exemplarisch persönliche und gesellschaftliche Verdrängungs- und Exkulpierungsstrategien der 1950er Jahre. Das Lager Dora wird in dieser Arbeit – im Gegensatz zum Mittelwerk – an keiner Stelle erwähnt.

43 Vgl. etwa Eisfeld, Raumfahrtpioniere; ders., Mondsüchtig; Neufeld, Rakete; ders., Wernher von Braun.

44 Jikeli, Raketen.

45 So etwa Wagner, Außenlagersystem, ders., Ellrich; Neander, Konzentrationslager.

46 Tauke, Genesung und Selektion; Mußmann, Lagerprominenz; ders., Italienische Häftlinge; Laudien, Sicherungsverwahrungs-Häftlinge; Wagner, Vernichtung; ders., Sinti und Roma.

47 Neander, Mittelbau; Sellier, Zwangsarbeit.

»Evakuierungsmärschen« widmet, stützte sich im wesentlichen auf die ältere Literatur und die Auswertung einer Vielzahl von Häftlingsberichten. Auf archivalische Quellen hat er dagegen kaum zurückgegriffen. Im übrigen konzentrierte er sich, wie der Titel seines Buches ja auch bereits deutlich macht, auf die Auflösungsphase des KZ Mittelbau-Dora und die Todesmärsche. Hier hat Neander Pionierarbeit geleistet, indem er eine minutiöse Dokumentation der zahlreichen Räumungstransporte und Todesmärsche im April/Mai 1945 vorgelegt hat, die anderen, stärker analytisch arbeitenden Forschern als »Steinbruch« diente.[48]

Auf die Frage, warum es überhaupt zu den Todesmärschen kam, ging Neander nur am Rande ein. Auch das breite Ausmaß der Mittäterschaft, das anhand der Evakuierungsmärsche ja durchaus analysiert werden könnte, sparte er weitgehend aus.[49] Das gilt auch für Selliers Untersuchung, die überwiegend aus kompilatorisch zusammengestellten Erinnerungsberichten überlebender (französischer) Häftlinge besteht und kaum schriftliche Quellen oder außerhalb Frankreichs erschienene Forschungsliteratur rezipiert. Gleichwohl ist Selliers Studie sehr ertragreich – nicht nur, weil sie die Perspektive der (westeuropäischen) Überlebenden wiedergibt, sondern insbesondere, weil Sellier nach jahrelangen Recherchen und mit Hilfe eines engen Netzwerkes in den Überlebendenverbänden auf eine nicht zu übertreffende Dichte von Erinnerungsberichten zurückgreifen konnte.

Insgesamt wird deutlich, dass das KZ Mittelbau-Dora keineswegs als vergessenes Lager gelten kann. Außerdem scheinen die Verdrängungsstrategien der Raketentechniker die Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Lagers eher angeregt als verhindert zu haben. Allerdings handelte es sich – in Ost wie in West – nur um eine partielle, auf das Lager Dora und das Mittelwerk bezogene historiographische Auseinandersetzung mit dem KZ Mittelbau-Dora, die weitgehend durch die Mystifizierung der V-Waffen geprägt war.

Die Beziehungen zwischen den Mittelbau-Lagern und ihrem Umfeld wurden in der frühen Mittelbau-Forschung nahezu vollständig vernachlässigt. Die einzige Ausnahme stellt eine schmale unveröffentlichte Diplomarbeit dar, die 1979 an der Pädagogischen Hochschule Erfurt vorgelegt wurde.[50] Inhaltlich und vom Duktus her ist diese Arbeit jedoch gänzlich dem DDR-typischen Geschichtsbild des antifaschistischen Widerstandskampfes verhaftet, welches das breite Ausmaß der Mittäterschaft ausklammert und schon im Titel auf die »antifaschistische Zusammenarbeit und Hilfe« der Bevölkerung gegenüber den Häftlingen hinweist und zu dem Schluss kommt, »dass das deutsche Volk nicht mit dem Deutschland […] der Faschisten identisch ist« und es »der faschisti-

48 So etwa Blatman, Todesmärsche 1944/45.

49 Zu diesem Thema entsteht an der Universität Leipzig durch Clemens Martin Winter derzeit eine Dissertation unter dem Arbeitstitel »Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum: Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche«.

50 Vgl. Holzhaus, Zivilbevölkerung.

schen Propaganda nicht gelungen war, die humanistische Gesinnung des weitaus größten Teils der deutschen Bevölkerung auszulöschen«.[51]

Nicht zuletzt aufgrund eines Geschichtsbildes, das die deutsche Bevölkerung als Opfer der Diktatur eines Bündnisses von »Monopolherren« und NSDAP darstellte, blieb die DDR-Forschung zum Nationalsozialismus in der Region gegenüber der westdeutschen Forschung weit zurück. Aus diesem Grund lagen im Unterschied zum westlichen Teil des Südharzes[52] für seinen Ostteil lange kaum lokal- oder regionalgeschichtliche Untersuchungen zur NS-Herrschaft vor.[53] Insbesondere für die Frage nach der gesellschaftlichen Einbettung des KZ-Systems war es daher nötig, über die engere Fragestellung der vorliegenden Arbeit hinausgehend den Hintergrund der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region in den 1920er und 1930er Jahren zu erhellen.

Quellenlage und Methodik

Die Quellenlage zum Lagerkosmos im Südharz ist sehr unübersichtlich. Zunächst hängt dies eng mit der Verwaltungsstruktur der Region zusammen, die sich über mehrere Länder und preußische Provinzen erstreckte und nach 1945 durch die deutsch-deutsche Grenze geteilt war.[54] Die für die vorliegende Untersuchung wichtigen regionalen staatlichen Verwaltungsakten sind daher auf zahlreiche Staats- und Landesarchive verteilt.

Auch in mehreren Stadt- und Kreisarchiven finden sich Unterlagen, die über die Existenzbedingungen von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen sowie das lokale nationalsozialistische Lagersystem und die Verbindungen zu seinem Umfeld Aufschluss geben. Das betrifft neben Polizei- und Entnazifizierungsakten besonders die Akten der Einwohnermelde-, Gesundheits- und Bauämter sowie der Arbeitsverwaltung. Von zentraler Bedeutung sind für die vorliegende Arbeit das Kreisarchiv und das Stadtarchiv Nordhausen. Während die Quellenüberlieferung für einzelne Gemeinden des ehemaligen Kreises Grafschaft Hohenstein durchaus als gut zu bezeichnen ist, lagern im Stadtarchiv Nordhausen jedoch nur sehr lückenhafte Restbestände aus der Zeit vor 1945, da die Akten der Stadtverwaltung bei den schweren britischen Luftangriffen Anfang April 1945 weitgehend vernichtet wurden.

51 Ebd., S. 25.

52 Struve, Aufstieg. Für die bis 1945 zum Kreis Grafschaft Hohenstein gehörende Stadt Bad Sachsa liegt mit Jaeger, Machtergreifung, eine bislang unveröffentlichte Magisterarbeit vor.

53 Klaus Schmidtkes Studie über das sozialdemokratische Milieu in Nordhausen und Salza berührt die Zeit zwischen 1933 und 1945 nur am Rande, war für die vorliegende Untersuchung jedoch für die Zeit des Aufstiegs des NS in Nordhausen und Umgebung sehr hilfreich; vgl. Schmidtke, Sozialdemokratie.

54 Siehe dazu unten, Kap. III.1.

Noch verstreuter als die staatlichen und kommunalen Verwaltungsakten sind die Unterlagen aus der Hierarchie der SS und der KZ-Verwaltungen. Als die amerikanischen Streitkräfte im April 1945 den Südharz besetzten, konnten sie mit Hilfe der befreiten polnischen Häftlinge Wincenty Hein und Siegfried Halbreich in mehreren Mittelbau-Lagern und in den Stollen des Mittelwerkes noch Originalunterlagen der SS-Lagerverwaltungen sicherstellen.[55] Ein großer Teil dieser Unterlagen – u. a. eine Kartei mit 42.000 Häftlingsnamen – diente der amerikanischen Anklagevertretung im Dachauer Dora-Prozess als Beweismaterial und wurde nach Abschluss des Verfahrens dem Internationalen Suchdienst in Arolsen übergeben.[56] In den folgenden Jahren gelangten noch weitere Quellen zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora in das Archiv des ITS, das die bedeutendste Quellensammlung zur Geschichte der NS-Konzentrationslager darstellt. Seit Ende der 1970er Jahre war das Archiv jedoch für die historische Forschung weitgehend gesperrt. Ein kleiner Teil des Archivs – die sogenannten »Sachdokumente« – konnte für dieses Buch eingesehen werden. Für den großen Rest der »personenbezogenen Dokumente« musste eine Ersatzüberlieferung in Anspruch genommen werden: Mitte der 1950er Jahre wurden die KZ-Akten des ITS-Archivs (Belegschafts- und Transportlisten, Stärkemeldungen einzelner Lager, Unterlagen der Krankenreviere und der »Arbeitseinsatz«-Führer usw.) für die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem mikroverfilmt.

Weitere Unterlagen aus der Hierarchie der Konzentrationslager lagern im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar und im Bundesarchiv Berlin. Kopien dieser und anderer, zum Teil nicht zugänglicher Dokumente sind im Nordrheinwestfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Zweigarchiv Kalkum, bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (ZSL), beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und in der Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu finden.[57] Zusammen mit den in den National Archives und dem U. S. Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington, D. C., aufbewahrten mikroverfilmten Belegschafts- und Transportlisten aus dem KZ Mittelbau-Dora reichen die Mittelbau-Bestände der genannten Archive und Dokumentationsstellen aus, um die Häftlingstransporte sowohl in

55 Vgl. Aussage Wincenty Hein (mit einer detaillierten Liste des sichergestellten Materials), 13.5.1945, NAW, M-1079, Roll 5, Bl. 490 ff., sowie Halbreich, Before, S. 107 ff.

56 Vgl. Comité International Genève, ITS, S. 8; Internationales Komitee vom Roten Kreuz (Hg.), Internationaler Suchdienst, sowie Bestandsübersicht Mittelbau-Dora im ITS Arolsen, 1979, Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora (DMD), o. Sign.

57 Dort liegen u. a. auch mikroverfilmte Kopien der von der Warschauer Hauptkommission zur Verfolgung der NS-Verbrechen gesammelten Unterlagen (Mikrofilmrollen B1, B2 u. E2).

das KZ Mittelbau-Dora als auch zwischen den einzelnen Mittelbau-Lagern empirisch nahezu lückenlos zu erfassen. Was die Überlieferung der von der SS-Verwaltung produzierten Quellen anbelangt, ist die Quellenlage zum KZ Mittelbau-Dora damit trotz der disparaten Verteilung der Unterlagen insgesamt als vergleichsweise gut zu bezeichnen.

Eine Monographie zum KZ Mittelbau-Dora kann die übergeordneten Strukturen nicht unberücksichtigt lassen, die für die Entwicklung des KZ-Systems und des Häftlingseinsatzes in der Rüstungsindustrie seit 1942 konstitutiv waren. Dazu zählen insbesondere die Entwicklung des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, die Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie, die Produktion der V-Waffen und die Gründung der interministeriellen »Sonderstäbe« im letzten Kriegsjahr. Die entsprechenden Unterlagen und Dokumente finden sich vornehmlich in den Beständen des Bundesarchivs Berlin und des Bundesarchiv-Militärarchivs Freiburg. Von besonderer Bedeutung für eine unternehmensgeschichtliche Analyse der in das Mittelbau-Projekt involvierten Firmen sind die erhaltenen Unterlagen der Mittelwerk GmbH, des Junkers-Konzerns und der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft mbH (Wifo), in deren Eigentum sich die Untertageanlagen bei Nordhausen befanden. Diese Materialien lagern im Bundesarchiv Berlin und im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (LHSA), Abteilung Dessau. Private Firmenarchive konnten leider nicht eingesehen werden (sämtliche diesbezügliche Anfragen wurden abschlägig beschieden), immerhin aber die Teilbestände zweier Baukonzerne und des Ammoniakwerkes Niedersachswerfen, die nach 1949 in DDR-Archive gelangten.[58]

Von großem Aussagewert sind nach wie vor die »Nürnberger Dokumente«, die neben Vernehmungsprotokollen ehemaliger SS-Täter und Industrieller umfangreiche Dokumente aus dem Jägerstab und dem Geilenberg-Stab finden lassen.[59] Unverzichtbar sind auch die Berichte, die verschiedene Teams der britischen und amerikanischen Streitkräfte unmittelbar nach Kriegsende über die deutschen Untertageverlagerungsprojekte zusammenstellten. Als besonders präzise erwiesen sich die aus britischen Beständen stammenden und als Kopien im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover lagernden »CIOS«- und »BIOS«-Berichte.

Zur Klärung von Täterbiographien wurden neben Ermittlungsunterlagen deutscher und alliierter Strafverfolgungsbehörden vornehmlich die Bestände des in den 1990er Jahren in das Bundesarchiv eingegliederten Berlin Document Centers (BDC) und des ebenfalls vom Bundesarchiv übernommenen Dokumentationsarchivs des DDR-Innenministeriums herangezogen. Schwierig ge-

58 HStA Weimar, Bestand Gebhardt u. König; LHSA, Abt. Merseburg, Bestände Leunawerke Merseburg (darin: Ammoniakwerk Niedersachswerfen) u. Hochtief AG, Nebenniederlassung Halle.

59 Zum Aussagewert und den Aufbewahrungsorten der Nürnberger Dokumente vgl. Naasner, Machtzentren, S. 20 f.

staltete sich die Suche nach schriftlichen Quellen, die Aufschluss über das Verhalten der Bevölkerung im Umfeld der Lager geben. Trotz intensiver Recherche konnten die sicherlich aufschlussreichen Lage- und Stimmungsberichte sowie sonstigen Unterlagen der ab 1943 in der Region um Nordhausen eingerichteten Sonderinstanzen des SD und der Gestapo, die direkt dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt waren, nicht ausfindig gemacht werden. Es ist zu befürchten, dass diese Akten, die Antworten auf die wichtige Frage nach der Wirkung der Präsenz der Lager auf die Haltung der Bevölkerung geben könnten, bei Kriegsende vernichtet wurden.

Mit den erhaltenen Lage- und Stimmungsberichten der Nordhäuser Oberstaatsanwaltschaft und des SD-Abschnittes Weimar konnte jedoch ein wichtiger ähnlicher Quellenbestand herangezogen werden.[60] Zusätzlich wurden für diesen Themenbereich die parteiamtliche Tageszeitung »Südharzer Kurier« sowie die im Stadt- und dem Kreisarchiv Nordhausen lagernden Unterlagen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen durchgesehen.

Als Ergänzung und Korrektiv wurden ferner die Protokolle eines in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora betriebenen Zeitzeugenbefragungsprojektes herangezogen, in dessen Verlauf seit 1996 unter Zuhilfenahme eines standardisierten Fragenkataloges über 100 Personen aus Nordhausen und Umgebung interviewt wurden, die vor 1945 Kontakt mit Insassen der Mittelbau-Lager hatten. Es ist bei diesen Interviews jedoch ein erheblicher quellenkritischer Aufwand nötig, um aus einem Konvolut aus apologetischer Geschichtskonstruktion und verschiedenen sich überlagernden Erinnerungsschichten ein Substrat erlebter und erfahrener Wirklichkeit herauszufiltern. Bei manchen dieser Berichte ist dieses Substrat so gering, dass ihnen ein Erkenntniswert abgesprochen werden muss. Die intensive Befragung von Zeitzeugen, die für die westdeutsche Oral-History-Forschung der 1970er und 1980er Jahre methodisch und inhaltlich sehr ertragreich war, ist nunmehr wegen des großen zeitlichen Abstandes zum »Dritten Reich« kaum noch möglich.[61] Zudem wird die NS-Erfahrung im Osten Deutschlands stark durch die Erfahrungen der vierzigjährigen SED-Herrschaft und den tiefen gesellschaftlichen und politischen Einschnitt der »Wende«-Jahre nach 1989/90 überdeckt, der von vielen als Bruch der individuellen Lebensgeschichte wahrgenommen wurde.

Über die Existenzbedingungen der Insassen der Mittelbau-Lager sagen die bisher genannten Quellen nur wenig aus. Das gilt insbesondere für die Quellen aus SS-Provenienz, welche die Verhältnisse in den Lagern weitgehend beschönigen, falls sie denn überhaupt erwähnt werden. Die Arbeits- und Lebens-

60 StA Gotha, Staatsanwaltschaft Nordhausen 60, sowie HStA Weimar, BAK NS 29/8 u. 29/16. Insgesamt hatten diese Berichte zwar einen sehr unterschiedlichen Realitätsgehalt, dennoch geben sie einen recht guten Einblick über die Stimmung in der Bevölkerung und die Selbstwahrnehmung der NS-Repressionsinstanzen.

61 Vgl. John/Mai, Thüringen, S. 572.

bedingungen in den Lagern können nur dann beschrieben werden, wenn die ehemaligen Häftlinge selbst zu Wort kommen. Zahlreiche Überlebende haben nach ihrer Befreiung Berichte über ihre Haftzeit in den Konzentrationslagern verfasst. Viele dieser Berichte wurden schon bald nach dem Krieg veröffentlicht, die meisten davon in Frankreich und Deutschland. Darüber hinaus lagern in den Archiven der Gedenkstätten und im U. S. Holocaust Memorial Museum in Washington zahlreiche unveröffentlichte Häftlingsberichte. Ein großer Teil dieser Erinnerungsberichte ist erst in den letzten beiden Jahrzehnten verfasst worden, also mehr als 50 Jahre nach der Befreiung. Wegen der großen zeitlichen Distanz geben diese Berichte eher Aufschluss über psychische Verarbeitungsmuster und die Nachkriegsbiographien ihrer Verfasser sowie über kollektive und individuelle Erinnerungsbildungen und Diskursverschiebungen als über die konkrete Lagererfahrung.

Von größerer Aussagekraft sind die Zeugenaussagen ehemaliger Mittelbau-Häftlinge im Dachauer Dora-Prozess von 1947.[62] In den archivierten Unterlagen dieses Prozesses sind zum Teil Aussagen von ehemaligen Häftlingen protokolliert, die nur wenige Tage nach ihrer Befreiung im April und Mai 1945 von amerikanischen War Crimes Investigation Teams befragt wurden.[63] In der Verhandlung selbst schilderten über 70 überlebende Häftlinge als Zeugen eindringlich die grausamen Bedingungen, unter denen sie in den Mittelbau-Lagern leiden mussten. Die Auswahl der Angeklagten beschränkte sich keineswegs auf ehemalige SS-Angehörige und Kapos aus dem Hauptlager, sondern schloss auch Personal aus den Lagern Ellrich-Juliushütte, Harzungen, Rottleberode, Stempeda und der Boelcke-Kaserne ein. Dadurch rückten die Verhältnisse im Hauptlager Dora bei weitem nicht so sehr in den Vordergrund, wie es in der späteren Mittelbau-Historiographie der Fall war.

Neben den Unterlagen aus dem Dachauer Dora-Prozess wurden für dieses Buch die Materialien einer Reihe weiterer Strafverfahren herangezogen, darunter die des britischen Bergen-Belsen-Prozesses von 1945[64] und die des Essener

62 Vgl. United States Army Investigation and trial records of war criminals, USA vs. Kurt Andrae et al., NAW, Microcopy M 1079, Rolls 1-16. Im Folgenden wird das Protokoll der Hauptverhandlung (Rolls 6-11) mit der im Original angegebenen Paginierung zitiert, die Unterlagen der Vor- und Nachermittlungen (Rolls 1-5 u. 11-16) dagegen mit den Aufnahmeangaben (frames) der Mikrofilme.

63 Der erste befreite Mittelbau-Häftling (es handelte sich um einen Lagerinsassen, dem es gelungen war, zu fliehen und sich bis zu den amerikanischen Linien durchzuschlagen) wurde von den Amerikanern noch vor der Befreiung der Mittelbau-Lager als Zeuge vernommen; vgl. Aussage Heinz Hoss, 7.4.1945, NAW, M-1079, Roll 4, Bl. 681 f.

64 Kopien der Unterlagen zu diesem Verfahren, in dem mehrere SS-Angehörige und Kapos aus dem KZ Mittelbau angeklagt waren, liegen in der »Dokumentationsstelle zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933-1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen« (DWV) bei der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten in Celle, und wurden zum Teil publiziert in Phillips, Belsen Trial.

Dora-Prozesses von 1967-1970, dessen Unterlagen insbesondere für die Untersuchung der verschiedenen Repressionsinstanzen im »Sperrkreis Mittelbau« und für die Bewertung des Widerstandes im KZ Mittelbau-Dora grundlegend sind.[65] Als sehr ertragreich erwies sich ferner die Einsichtnahme in die umfangreichen Bestände der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und des BStU in Berlin, wenngleich Vernehmungsprotokolle aus Ermittlungsverfahren (insbesondere solche Protokolle, die vom Ministerium für Staatssicherheit zusammengetragen wurden) quellenkritisch mit besonderem Bedacht zu bewerten sind.

Eigene schriftliche Befragungen oder Interviews mit Überlebenden wurden für die vorliegende Arbeit angesichts der zahlreichen in Archiven und Gedenkstätten lagernden Erinnerungsberichte und Zeugenvernehmungsprotokolle nur in geringem Umfang und nur dann vorgenommen, wenn der zu erwartende Erkenntnisgewinn den Aufwand und die möglichen psychischen Belastungen auf Seiten der ehemaligen Häftlinge und Zwangsarbeiter zu rechtfertigen schien.[66]

Neben den Häftlingsberichten werden für die vorliegende Arbeit auch Erinnerungsberichte und Vernehmungsprotokolle von ehemaligen Angehörigen des Wachpersonals herangezogen. Ein solches Vorgehen ist jedoch recht problematisch, wird damit doch der Täterblick transportiert. Damit entsteht die Gefahr, dass bei nicht ausreichendem Hinterfragen der Aussage des Täters und der Motivations- und Rechtfertigungsstrukturen der geforderte Blick auf den Täter in die Perspektive des Täters umschlägt. Die Interpretation wird bestimmt durch diejenigen, die aus dem Verhaltenskodex des Schweigens ausbrechen. Die Motivation für die Entscheidung, nicht (mehr) zu schweigen, mag von Täter zu Täter sehr unterschiedlich sein. Man wird jedoch davon ausgehen können, dass nicht wenige Aussagen zuvor abgesprochen waren, und manch einer wird als »Bauernopfer« der SS-Kamaderie hergehalten haben (was den Wert seiner Aussage natürlich erheblich beeinflusst). Otto Kulessa etwa, ein ehemaliger SS-Oberscharführer aus dem KZ Mittelbau, der im britischen Bergen-Belsen-Prozess von 1945 zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, schrieb ein halbes Jahr später aus dem Gefängnis an das britische Militärgericht, er sei durch die Mitangeklagten, darunter besonders dem ehemaligen Schutzhaftlagerführer des Lagers Dora, Franz Hößler, daran gehindert worden, Aussagen zu seiner Verteidigung zu machen:

> »Dieselben haben mich kolossal beeinflusst und durch Drohungen eingeschüchtert, so dass ich mich in der rechten Weise gar nicht verteidigen konnte. Sie meinten auch zu mir, ich solle nur nicht noch neue Namen nennen und noch mehr in den Prozess hineinziehen, ich solle lieber still

65 HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 299/1-682.

66 Eine Liste der Befragten und Interviewten ist dem Quellenverzeichnis beigefügt.

sein. […] Hier in meiner Zuchthauseinsamkeit ist mir erst klargeworden, dass ich das wohlüberlegte Opfer der anderen geworden bin.«[67]

Der Versuch, das Verhalten der Täter zu erklären, erfordert sowohl vom Historiker als auch vom Leser Empathie, also das Bemühen, sich in die Gedankenwelt des Täters zu versetzen – ein Unterfangen, das intellektuell, psychisch und vor allem moralisch nicht leichtfällt, zumal die Gefahr besteht, dass Empathie zur Identifikation wird. Täter können als Opfer erscheinen – das Beispiel Kulessa zeigt es. Die Verwendung der Selbstzeugnisse von Tätern ist eine erkenntnissuchende Gratwanderung, bei der sensibel zwischen Rechtfertigungs- und Motivationsstrukturen unterschieden werden muss.

Zum Aufbau des Buches sind einige Bemerkungen angebracht: Die Analyse der Binnenstruktur der Mittelbau-Lager (Kapitel V und VI) sowie ihrer Außenwahrnehmung (Kapitel VII) setzt Perspektivwechsel voraus, die methodisch nicht folgenlos bleiben. Während in den Abschnitten zur gesellschaftlichen Einbettung der Mittelbau-Lager versucht wird, die Außenwahrnehmung der Mittelbau-Lager unter Heranziehung meist retrospektiver Zeitzeugenberichte alltags- und erfahrungsgeschichtlich mit dem Blick *auf* die Lager nachzuzeichnen, soll insbesondere im Kapitel VI die Lagerwirklichkeit aus der Perspektive der Häftlinge erschlossen werden, also mit dem Blick *aus* den Lagern. Ein solches Unterfangen ist jedoch nur begrenzt möglich. Zum einen lässt die Quellenlage eine umfassende Untersuchung besonders aus der Perspektive der namenlosen Häftlinge nicht zu, zum anderen aber stößt das Leben und das Sterben der Häftlinge auch aus systematischen Gründen an die Grenzen des Vorstellbaren: Das Leiden der Häftlinge ist für den Historiker nicht nacherfahrbar und somit auch kaum darstellbar. *Die* Geschichte eines Lagers gibt es ohnehin nicht. Jeder überlebende ehemalige Häftling erzählt seine eigene Geschichte, die geprägt ist von seiner subjektiven Sichtweise und individuellen wie kollektiven Erinnerungsmustern. Das Ziel der Arbeit ist eine interpretierende Annäherung an diese Häftlingsberichte und damit an die vorgestellte und erinnerte »Wirklichkeit« des Lageralltags, und das unter bewusstem Verzicht »auf die Erweckung des (falschen) Anscheins der Eindeutigkeit, Stimmigkeit und Finalität« dieses »interpretierenden Zugriffs«.[68] Damit dieser »Zugriff« trotzdem möglichst wirklichkeitsnah erfolgt, soll aus den Quellen nicht das Exeptionelle, sondern das Exemplarische herausgearbeitet werden: die Normalität in der Ausnahmesituation des Konzentrationslagers.

67 Schreiben Otto Kulessa an das britische Militärgericht Lüneburg, Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel, 8.4.1946, DWV, PRO WO 309/487.

68 Medick, Missionare, S. 61.

Der Häftlingsbericht: Kritik einer Quellengattung

Die in vielfältiger Form vorliegenden Häftlingsberichte bilden über weite Strecken die wesentliche Quellengrundlage der vorliegenden Untersuchung. Es ist daher angebracht, diese Quellengattung einer gesonderten methodischen Kritik zu unterziehen. Häftlingsberichte spielen in der Erforschung der Lebensbedingungen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern besonders in den letzten Jahren als Zeugnisse der Betroffenen zunehmend eine zentrale Rolle, während die aus der Hierarchie der Konzentrationslager stammenden Dokumente zumindest nicht mehr als primäre Quellengrundlage gewertet werden, da sie die beschönigende, vertuschende und meist realitätsferne Täterperspektive wiedergeben.

Die eher mikrohistorischen Methoden der »Geschichte von unten« und der »Oral History« haben sich zwar bei der Beschreibung des Lageralltags weitgehend durchgesetzt. Dennoch ist die Literaturlage zum Problemfeld »Quellenkritik des Häftlingsberichtes« nach wie vor unbefriedigend. Michael Pollak hat bereits Ende der 1980er Jahre die bisher einzige Monographie zu diesem Thema vorgelegt; er ging aber eher auf individuelle und kollektive Verarbeitungsstrategien der Überlebenden als auf quellenkritische Fragen ein.[69] Lediglich ein in den 1990er Jahren von Thomas Rahe verfasster kurzer Beitrag widmete sich ausschließlich diesem Thema.[70] In den meisten der in den letzten zwei Jahrzehnten zu den Lebensbedingungen in den Lagern veröffentlichten Studien verweisen die Autoren zwar in den einleitenden methodologischen Überlegungen eher beiläufig darauf, dass sie als primäre Quellengrundlage Häftlingsberichte unterschiedlichster Art herangezogen haben, unterlassen es aber meist, sie einer eingehenden Quellenkritik zu unterziehen.[71] Fast nie werden die Berichte als eine eigenständige Quellengattung betrachtet, die eine besondere analytische Herangehensweise erfordert, sondern meist lediglich als eine Art

69 Pollak, Grenzen. Noch mehr gilt diese Feststellung für Arbeiten, die eher Fragen nach psychischen Verarbeitungsformen und erinnerungskulturellen Wahrnehmungsstereotypen verfolgen als eine Quellenkritik des Häftlingsberichtes; vgl. Quindeau, Trauma und Geschichte; Sedlaczek, Lager; Brücker, Leben mit der Erinnerung; Jureit, Erinnerungsmuster. Neuere Sammelbände nehmen den unhinterfragt rezipierten Zeitzeugenbericht eher kritisch in den Blick: Frei/Sabrow, Geburt des Zeitzeugen; Schmidt/Krämer/Voges, Politik der Zeitzeugenschaft.

70 Rahe, Bedeutung der Zeitzeugenberichte.

71 Vgl. etwa Perz, Projekt Quarz, S. 28 f.; Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit, S. 21 ff.; Sofsky, Ordnung des Terrors, S. 24 f. (dort wird erstmals in einer Studie über die Konzentrationslager der Anspruch erhoben, eine an die kulturanthropologischen Arbeiten von Clifford Geerz angelehnte »dichte Beschreibung« vorzulegen); Sprenger, Groß-Rosen, S. 13 ff., Fings, Krieg, Gesellschaft und KZ, S. 23 f., sowie Neander, Mittelbau, Einleitung, S. X ff. (auch seine Untersuchung beansprucht, eine »dichte Beschreibung« zu sein; vgl. Einleitung, S. XI). Umfangreicher dagegen Strebel, KZ Ravensbrück, S. 25-30, sowie Buggeln, Arbeit & Gewalt, S. 30-33.

Aktenersatz herangezogen, um die vermeintlich »harten« systemproduzierten Quellen zu ergänzen oder bestenfalls zu korrigieren. Schlimmstenfalls dienen sie eher als Illustration denn als historische Quelle.[72]

Die Benutzung von Häftlingsberichten für die historische Forschung setzt eine quellenkritische Auseinandersetzung voraus, die mehrere Problemfelder berücksichtigen muss. Generell gilt für alle Berichte, dass sie von Autoren wie Rezipienten gedanklich nicht vom kollektiven wie individuellen biographischen Ausgangspunkt, sondern vom Wissen um das Ende wiedergegeben und aufgenommen werden: Die Massenvernichtung in den Lagern ist stets präsent. Der Bericht kann hinter dieses Wissen nicht zurückgehen.

Dazu kommt (das gilt im übrigen nicht nur für Häftlingsberichte), dass die erlebte und erfahrene Geschichte in eine Deutung eingelesen wird, die ihr Sinn zu geben versucht. Zwischen Erlebnis und konstruierter Erinnerung besteht ein permanentes Wechselverhältnis. Oftmals widerspricht die im Häftlingsbericht erzählte Wirklichkeit der ereignisgeschichtlichen Realität diametral. Das gilt etwa für Todeszahlen. Häufig werden in Häftlingsberichten Zahlen genannt, welche die tatsächliche Todesrate um ein Vielfaches übertreffen.[73] Doch welcher Häftling hat die Toten schon gezählt? Vermeintlich konkrete Zahlenangaben sind eher der verzweifelte Versuch von Überlebenden, das erlebte Grauen zu quantifizieren. Eine zeitgeschichtliche Forschung, die versucht, sich den Lagergeschichten mit Hilfe von Erinnerungsberichten anzunähern, darf diese nicht als Quellen missverstehen, die scheinbar objektive Ereignisse wiedergeben, sondern muss die erzählte und erlebte Wirklichkeit als soziale Realität eigener Art anerkennen.[74] Der eigentliche Wert von Häftlingsberichten liegt ohnehin nicht in ihrem Beitrag für eine vermeintlich objektiv rekonstruierbare Ereignisgeschichte, sondern in der Reflexion der Lagererfahrung, die erheblichen Aufschluss über die Verarbeitungsstrategien der Berichtenden geben kann.

Der Erinnerungsbericht setzt Kommunizierbarkeit und Intersubjektivität voraus.[75] Die KZ-Erfahrung ist jedoch als solche kaum mitteilbar. Der Bericht muss sprachlich und inhaltlich also zunächst verarbeitet werden, um überhaupt vermittelbar zu sein. Er ist das bewusste oder unbewusste Ergebnis dis-

72 Vgl. Rahe, Bedeutung der Zeitzeugenberichte, S. 86 f. Dieser Befund gilt im übrigen auch für manche Ausstellungen in KZ-Gedenkstätten; vgl. Wagner, Zeitzeugen ausgestellt.

73 So gab etwa der ehemalige Kapo im Krematorium des Lagers Dora 1962 in einer Vernehmung durch das baden-württembergische LKA an, im Krematorium seien 32 000 Leichen verbrannt worden. Tatsächlich wurden dort und in dem ersten, mobilen Krematorium vermutlich etwa 7000 Leichen verbrannt. Vgl. Aussage Walter K., 16.11.1962, Staatsanwaltschaft Koblenz, 4 Js 268/86, Bl. 190.

74 Vgl. Rosenthal, Lebensgeschichte, S. 131.

75 Vgl. Reiter, Bewältigung, S. 23 ff.

tanzierender Reflexion und gibt daher kaum die eigentliche Lagererfahrung wieder.

Bei der Bewertung eines Häftlingsberichtes ist ferner das Erkenntnisinteresse und die Motivation der Berichtenden zu berücksichtigen. »Ich schreibe, um zu vergessen«, bekannte Jorge Semprún in »Die große Reise« und verdeutlichte damit die bewusste Haltung, das Berichten als Form der Verarbeitung des Erlebten zu reflektieren. Diese Haltung spricht vor allem aus den erst in den letzten Jahren verfassten Berichten, während die Motivation der in der unmittelbaren Nachkriegszeit Berichtenden zumindest primär eine andere war. Die Hoffnung, nach der Befreiung der Welt »draußen« vom Erlebten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern Zeugnis ablegen zu können und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, ermöglichte vielen Häftlingen das Überleben in den Lagern. So verwundert es auch nicht, dass besonders in den ersten Nachkriegsjahren ein Großteil der Erinnerungsberichte veröffentlicht wurde.[76] Ihre Autoren nennen als Grund für das Schreiben meist allgemein humanitäre Ziele, den Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus. Eugen Kogon etwa schrieb im Dezember 1945 im Vorwort zur ersten Auflage seines Buches »Der SS-Staat« von seiner Hoffnung, sein Buch möge »dazu beitragen, Deutschland vor der Wiederholung des Gleichen und die Welt vor Ähnlichem zu bewahren«.[77]

Häftlingsberichte sind auf die Aufnahmebereitschaft und das Verständnis der Rezipienten angewiesen. Diese waren in Deutschland mit zunehmender zeitlicher Distanz in Anbetracht der verbreiteten Verdrängung der NS-Vergangenheit nicht mehr so stark gegeben wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. In der Folgezeit ging die Aussage von Überlebenden häufig über »Zwischenstationen« im Freundeskreis oder in Verfolgtenorganisationen, bevor sie öffentlich gemacht wurde. Das bedeutet, dass dem Bericht bereits eine längere individuelle und kollektive Bearbeitungszeit vorausgegangen ist, was ihn selbstverständlich erheblich prägt.

Neben der Motivation sind auch die psychischen Verarbeitungsstrategien der ehemaligen Häftlinge bei der Quellenkritik zu berücksichtigen. Vergessen, Verdrängen und Beschweigen sind überindividuelle Prozesse, die gesellschaftliche Verarbeitungsstrategien erkennen lassen. So ist auch individuelles Verdrängen und Erinnern immer an die gesellschaftlichen Grenzen gebunden, die

76 Von den 94 im Literaturverzeichnis aufgezählten veröffentlichten Häftlingsberichten wurden allein 32 zwischen 1945 und 1949 publiziert. Dem stehen lediglich zwölf zwischen 1950 und 1980 veröffentlichte Berichte gegenüber, während in den 1980er und 1990er Jahren die Zahl der Publikationen auf 34 stieg. Seit 2000 erschienen weitere 15 Berichte. Manche wurden sogar in mehrere Sprachen übersetzt. Weit mehr als die Hälfte aller Berichte wurde im übrigen in Frankreich und ein Viertel in Deutschland publiziert.

77 Zit. nach Kogon, SS-Staat, S. 6. Vgl. auch Sedlaczek, Lager, S. 14 ff., der anhand einer Reihe von Beispielen auf die verschiedenen Intentionen des Berichtens hinweist.

dem Einzelnen gesetzt sind. Die Totalität des Konzentrationslagers führte zur völligen Auflösung sonst allgemein verbindlicher moralischer Normen. Die Unvereinbarkeit, das im KZ Erlebte, auch eigenes Handeln, mit den Normen der gängigen Moral in Einklang zu bringen, führte zum Schweigen, das aber nicht unbedingt mit Vergessen oder Verdrängen gleichzusetzen ist. Eine »unbewusste Unaufrichtigkeit« (Freud), d. h., das Verdrängen oder Verschweigen peinlicher und das Selbstgefühl belastender Erlebnisse sind in vielen Häftlingsberichten festzustellen oder vorauszusetzen, besonders bei den Berichten aus der »Grauzone« der Funktionshäftlinge.[78]

Die schmerzende und gleichzeitig heilsame Fähigkeit, Distanz zum Erleben im Lager und damit eine Voraussetzung zum Überleben zu schaffen, bedeutete für viele ehemalige Häftlinge in der Nachkriegszeit, mit einer weiterbestehenden Identitätsstörung leben zu müssen, die die Erinnerung und damit den Häftlingsbericht prägt. Viele leiden unter dem Phänomen der »Überlebensschuld«, also dem Gefühl, nur deshalb überlebt zu haben, weil sie sich gegenüber den getöteten Mithäftlingen schuldig gemacht haben.[79] Erinnern erfolgt häufig aus dem Wunsch, diese Identitätskrise zu überwinden und sozusagen einen Schlussstrich zu ziehen; die auch individuelle therapeutische Funktion der Erinnerungsarbeit wird hier offenbar – wenn sie auch häufig keinen Erfolg bringt und der Schmerz durch die von Historikern ermunterte Erinnerungsarbeit neu hervorbricht, wie bei Emma S., die 1945 als 14-jährige Russin in das KZ Mittelbau-Dora deportiert wurde und 1996 ihren schriftlichen Bericht darüber mit den Worten schloss: »Meine Seele friert, wenn ich mich an die Vergangenheit erinnere. […] Die Gegenwart baut auf der Vergangenheit auf, die schlimm war, und die Zukunft auf der Gegenwart. So, denke ich, werde ich ohne Zukunft bleiben.«[80]

Schließlich ist bei der historiographischen Arbeit mit Häftlingsberichten das Problem der Repräsentativität zu berücksichtigen. Zunächst ist diese bereits durch die Auswahl der Berichte begrenzt, die sich aus dem physischen Überleben der Zeugen ergibt: Tote können nicht sprechen. Eine weitere Eingrenzung der Repräsentativität ergibt sich – wie oben angesprochen – aus den psychisch-moralischen Verarbeitungsformen der Berichtenden und schließlich aus der daraus folgenden Definition der eigenen Identität.[81] Das Problem der Verdrängung wurde bereits erwähnt. Die resultierenden Erinnerungslücken werden häufig komplementär durch unbewusste Erinnerungstäuschungen und -verfälschungen ausgefüllt, was den Aussagewert des Berichtes entscheidend schmälern kann.[82] Die meisten Berichte stammen von Funktionshäftlingen,

78 Vgl. dazu etwa Richtberg/Täschner, Zeugen.
79 Zum Überlebenden-Syndrom vgl. etwa Niederland, Folgen der Verfolgung; Bettelheim, Erziehung; Grubrich-Simitis, Extremtraumatisierung.
80 Bericht Emma S., März 1996, DMD, P1, Bd. 305.
81 Vgl. Pollak, Grenzen, S. 92 f.
82 Vgl. Cartellieri, Erinnerungsveränderungen, S. 117.

die die größten Überlebenschancen im KZ hatten. Die große Mehrheit der namenlosen Häftlinge konnte keine Erfahrungsberichte verfassen, weil sie die Befreiung nicht mehr erlebte. Es ist also bei der Bewertung dieser Berichte immer zu berücksichtigen, dass sie zum großen Teil von privilegierten Häftlingen stammen und nicht die Lagerwirklichkeit der Mehrheit der KZ-Insassen wiedergeben.

Manche Berichte wirken, was historische Ereignisse betrifft, in Teilen unglaubhaft. Hermann Kaienburg vertritt gegenüber diesem Problem die Auffassung, dass das Abgleichen einiger weniger Berichte meist schon ausreiche, um den »Wahrheits«-Gehalt der Aussage über ein konkretes historisches Ereignis abzusichern.[83] Eine solche Haltung verkennt jedoch die hermeneutischen Grenzen und Chancen des Erinnerungsberichtes. Michael Pollak hat daher zu Recht darauf hingewiesen, dass bei diesem Verfahren »alles ausgeschieden« werde, »was nicht durch andere Quellen erhärtet werden kann, um so zum Kern dessen zu gelangen, was wirklich geschehen ist. Gerade dadurch läuft man aber Gefahr, die für alle Aussagen zum KZ charakteristische Spannung zwischen Sagbarem und Unsagbarem aus dem Auge zu verlieren, weil dann […] wichtige Fragen zu den KZ-Erfahrungen gar nicht erst gestellt werden können.«[84]

Ein weiteres Kriterium der Realitätsnähe des Berichtes ist die Frage, inwieweit bestimmte Faktoren der kollektiven Verarbeitung die Erinnerungsbildung des Überlebenden prägen. Wie oben bereits angedeutet, suchten viele Überlebende früher oder später die Nähe ehemaliger Mithäftlinge in Verfolgtenorganisationen. Die kollektive Erinnerungsbildung im institutionalisierten Rahmen einer solchen Vereinigung hat vielen Überlebenden geholfen, quälende individuelle Erfahrungen zu verarbeiten. Häufig wird jedoch durch das stetige Abstimmen der eigenen Lebensgeschichte mit der der anderen bewusst oder unbewusst die individuelle der kollektiven Erinnerung untergeordnet und damit entfremdet.[85] Die Erinnerung wird kanonisiert: Der Erinnernde weiß möglicherweise gar nicht mehr, ob er nun eigenes Erleben oder das seiner ehemaligen Mithäftlinge wiedergibt – oder ob er es im Fernsehen gesehen oder in einem Buch gelesen hat. »Genau erinnern kann ich mich nicht«, sagte der serbische Buchenwald-Überlebende und Schriftsteller Ivan Ivanji 2013 in einer Gedenkrede in Weimar. Und er fuhr fort: »Aber ich habe darüber mehrmals geschrieben, und gerade das ist für mich heute verwirrend. Habe ich als Literat etwas zum Erlebten dazugedichtet? War das, was ich als Fünfzehnjähriger erlebt habe, wirklich überhaupt möglich? […] Ich erinnere mich weitaus besser

83 Vgl. Kaienburg 1990, S. 21.
84 Pollak, S. 91.
85 Vgl. Lalieu, Percepcion.

an Filme von den Transporten als an das, was ich selbst erlebt habe. Nachträglich Erfahrenes überlagert das eigene Gedächtnis.«[86]

Überlebende, die ihre traumatischen Erfahrungen jahrzehntelang für sich behielten, weil sie schweigen mussten, um ihr psychisches Gleichgewicht einigermaßen zu erhalten, berichten dagegen häufig wesentlich »authentischer«, ihre Sprache ist in ihrer ungeschliffenen und spontanen Art gekennzeichnet vom Schmerz der aufbrechenden Erinnerung, die noch nicht »verfälscht« ist durch kollektive Rekonstruktions- und Deutungsversuche.

Auch die Form eines Häftlingsberichtes ist für seine Bewertung relevant. Zu unterscheiden ist grundsätzlich zwischen schriftlichen und mündlichen Berichten. Bei den schriftlichen Häftlingsberichten ist zu unterscheiden zwischen veröffentlichten autobiographischen Berichten, eher fiktionalen Texten (etwa Romanen), unveröffentlichten Erinnerungsberichten, der Lyrik, dem Tagebuch und der schriftlichen Beantwortung von Fragen, die Forschende gestellt haben, die sich mit der Geschichte eines Lagers befassen. Bei allen schriftlichen, besonders aber den literarisch verarbeiteten Häftlingsberichten ist als soziales Kriterium zu berücksichtigen, dass ihre Autoren die Bildungsvoraussetzungen erfüllen, ihr Erleben überhaupt niederschreiben zu können – und das prägt die Perspektive der Berichtenden nicht unwesentlich.

Autobiographien setzen ein öffentliches Interesse voraus, was entweder bedeutet, dass der Autor als eine Person des öffentlichen Lebens allgemein bekannt ist oder als Sprecher einer Gruppe oder einer Sache – hier der Information über das KZ – von öffentlichem Interesse berichtet.[87] Damit deutet sich schon an, dass nicht nur der Bericht selbst, sondern auch sein Kontext und damit auch der Kreis der potentiellen Rezipienten bei seiner Bewertung zu berücksichtigen sind. Es ist nicht nur zu fragen, wer einen Bericht verfasst hat, sondern auch, wem berichtet wird. Die Möglichkeit zu berichten hängt eng mit der Aufnahmebereitschaft der Öffentlichkeit zusammen, und diese Bereitschaft prägt wiederum den Bericht.

Angesichts des Grauens in den Konzentrationslagern versagt die Sprache. Das gilt sowohl für den Häftlingsbericht als auch, und das in besonderem Maße, für die historische Untersuchung. Die Sprache von Justiz, Politik und Wissenschaft kann die Aussagen über die Konzentrationslager in konsistente Regeln pressen, ist aber denkbar ungeeignet, die Lagerwirklichkeit nachzuzeichnen, geschweige denn die individuelle Erfahrung der Häftlinge. Viele Überlebende haben daher für ihre Berichte literarische Formen gewählt, die die Reflexion über eigenes Erleben und Erleiden besser wiedergeben können.[88] Der

86 Rede von Ivan Ivanji am 27.1.2013 in der Gedenkstätte Buchenwald anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, Archiv der Gedenkstätte Buchenwald, 52-11-890, unpag.

87 Vgl. Pollak, Grenzen, S. 112 f.

88 Vgl. die autobiographischen Berichte beispielsweise von Jorge Semprún, Robert Antelme oder Charlotte Delbo.

Sprache ist aber auch in der literarischen Verarbeitung des Häftlingsberichtes an der Stelle eine Grenze gesetzt, wo suggeriert wird, der Leser könne sich mit dem Berichtenden identifizieren und damit das Leiden des Überlebens nacherfahren. »Wir riechen den Gestank der Schlafstuben, schmecken die verabreichte Hungersuppe und spüren die Marterwerkzeuge auf unserer Haut, das hölzerne Stuhlbein, den Ochsenziemer, die Gummiknüppel«, meinte der Literaturwissenschaftler H. Boeschenstein über die Lektüre der »Prüfung« von Willi Bredel.[89] Diese Einschätzung ist absurd. Boeschenstein fühlt nicht mit, er glaubt lediglich mitzufühlen, ein Phänomen, das auch von Besuchern von KZ-Gedenkstätten und Holocaust-Museen bekannt ist.

Semiologisch betrachtet ist jeder Bericht als fiktiver Text zu bezeichnen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass fiktive Elemente bei literarischen Verarbeitungen in größerem Ausmaß vorhanden sind als in Zeitzeugenberichten, die sich bemühen, zuverlässige »Fakten«-Informationen zu bieten.[90] Das schmälert den Erkenntniswert der literarisch verarbeiteten Berichte, wenn man von ihnen konkrete Angaben über einzelne historische Ereignisse erwartet. Der Roman gestattet es dem Autor, Erlebtes aus einer Distanz heraus zu schildern, die Erinnerungen, die der gängigen Moral widersprechen, leichter darstellen lässt. Damit werden nicht nur die »Grenzen des Sagbaren« verschoben. Die zeitliche Kontinuität erscheint in romanhaften Schilderungen, die auch Erfahrungen vor und nach der Lagerhaft mit einbeziehen (z. B. Semprún), wesentlich kohärenter dargestellt als in Häftlingsberichten, deren Autoren sich bemühen, das Lagergeschehen im chronologischen Ablauf nachzuzeichnen.

Nichtveröffentlichte Häftlingsberichte lagern in großer Zahl in den Archiven der Gedenkstätten und der zahlreichen Überlebendenorganisationen. Sie sind im Gegensatz zu den veröffentlichten Berichten meist wesentlich kürzer gefasst und geben oft »nur« bestimmte Ereignisse wieder, ohne den biographischen Zusammenhang zu reflektieren, was nicht zuletzt mit der Motivation zur Aussage zusammenhängt. Häufig sind es gerade die holprige Sprache, handschriftliche Anmerkungen und die offenkundige sprachliche Ohnmacht angesichts des zu beschreibenden Grauens, die diesen Berichten in gewisser Weise eine besondere »Authentizität« verleihen. Ihr rudimentärer Charakter ist häufig ein Symptom für das Spannungsverhältnis zwischen Sprechen-Wollen und Nicht-Sagen-Können, d. h., wichtiger als das Gesagte ist manchmal das – aus welchen Gründen auch immer – Verschwiegene, was im übrigen für alle Berichtarten gilt.

Eine dritte Form des schriftlichen Häftlingsberichtes ist die schriftliche Beantwortung von (Detail-)Fragen, die bestimmte Aspekte zur Rekonstruktion

89 Boeschenstein, Konzentrationslager, S. 67.

90 Mit dem Problem der »Fiktionalität des Faktischen« bei der Interpretation literarischer Zeugnisse des Holocaust hat sich eingehend James E. Young beschäftigt, der sich ausdrücklich auf (post-)strukturalistische Positionen etwa von Hayden White oder Roland Barthes beruft; vgl. Young, Beschreiben des Holocaust, besonders S. 33-109.

der jeweiligen Lagergeschichte beantworten helfen sollen. Der Rahmen, innerhalb dessen sich der Bericht bewegt, ist durch die Fragen bereits vorgegeben, Erinnern wird hier durch den Fragenden gesteuert. Der heuristische Wert dieser Zeugenaussagen ist dadurch begrenzt; zwar werden bestimmte historische Ereignisse erhellt, im schlechtesten Fall werden aber durch die Art der Fragestellung – möglicherweise unbewusst – Antworten im Ansatz vorgegeben, eine Gefahr, die auch aus dem Interview bekannt ist, dort aber durch spontanes Nachfragen ausgeglichen werden kann. Die Statik der schriftlichen Befragung mindert den Erkenntniswert dieser Art des Berichtes erheblich.

Mündliche Häftlingsberichte liegen meistens in verschriftlichter Form vor, setzt doch die historische Verarbeitung die Verschriftlichung voraus. Zu unterscheiden sind hier erzählte Lebensgeschichten (z. B. im Rahmen von Oral History-Projekten) von mündlichen Aussagen Überlebender, die sich nur auf ein bestimmtes Ereignis beziehen und die Lebensgeschichte der Befragten nicht berücksichtigen. Die Gefahr, dass Aussagen durch leitende Fragen gelenkt werden, ist bei dieser Art des mündlichen Berichtes besonders groß. Anders verhält es sich mit der erzählten Lebensgeschichte.[91] Interviews als »Erzählung[en] in Gesprächsform […] sind Produkte einer kooperativen Anstrengung, die durch die historischen Perspektiven beider Interviewteilnehmer geformt und organisiert werden«.[92] Die erzählte Lebensgeschichte ist keine Autobiographie im eigentlichen Sinne, bietet aber trotzdem dem Lesenden bzw. Zuhörenden die Möglichkeit, die Lagererfahrung im gesamtbiographischen Kontext des Berichtenden zu analysieren. Die Lagererfahrung und die historische und biographische Bedeutung des Erlebten stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, das den Bericht prägt und eingrenzt. Diese Einengung wird durch die Praxis der erzählten Lebensgeschichte zwar nicht aufgehoben, wird aber sichtbar, was den »Wert« der Aussage als historische Quelle steigert.

Eine wesentliche Quellengrundlage der vorliegenden Untersuchung bilden Vernehmungsprotokolle aus Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter.[93] Diese in einer extremen Situation (das gilt ganz besonders für den Auftritt vor Gericht, denn hier wird individuellem Erleben öffentliche Bedeutung beigemessen, und die Zeugen schildern ohnehin schon Unaussprechbares im Beisein der Täter) abgegebenen Häftlingsberichte unterliegen für die historische Untersuchung einer besonderen Problematik und sollen daher im Folgenden eingehender beleuchtet werden.

Zunächst einmal muss das »setting« der Zeugenvernehmung und das Zustandekommen des schriftlichen Protokolls hinterfragt werden. Besonders schwierig

91 Vgl. hierzu ausführlich Brücker, Leben mit der Erinnerung, sowie Jureit, Erinnerungsmuster.

92 Grele, Ziellose Bewegung, S. 150.

93 Zur Verwendung von Gerichtsmaterialien für die historische Forschung zum Nationalsozialismus vgl. Tuchel, NS-Prozesse; Scheffler, NS-Prozesse; Passauer, NS-Prozesse; Eschebach, Vernehmungsprotokolle.

ist das bei den Materialien der Ludwigsburger »Zentralen Stelle« und des BStU, die für einzelne Ermittlungsverfahren etwa zu einem bestimmten Außenlager Kopien von Vernehmungsprotokollen enthalten, die im Zusammenhang mit einem ganz anderen Verfahren entstanden sind. Insbesondere gilt das für die Unterlagen des ehemaligen MfS, das zum KZ Mittelbau Hunderte von gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Vernehmungsprotokollen aus dem In- und Ausland zusammengetragen hat, von denen überhaupt nicht klar ist, in welchem Zusammenhang sie entstanden sind.[94] Zum Teil sind nicht einmal die Namen der Befragten und das Datum der Vernehmung angegeben, und nicht immer ist es möglich, diese Angaben aus dem Kontext zu erschließen.

Auch die Ermittlungsunterlagen der »Zentralen Stelle« sind unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen entstanden. In den meisten Fällen haben die Ludwigsburger Staatsanwälte die Zeugen nicht selbst vernommen, sondern die Vernehmungen von den jeweiligen Polizeidienststellen am Wohnort der Zeugen vornehmen lassen. Die vernehmenden Beamten waren daher selten mit der Materie vertraut, und bisweilen traten sie den ehemaligen Häftlingen mit einer Haltung entgegen, die ihnen das Gefühl vermitteln musste, nicht als Zeugen und Opfer, sondern als Beschuldigte vernommen zu werden. So wusste die Polizei im bayerischen Vilshofen Ende der 1950er Jahre über einen ehemaligen politischen Häftling aus dem Lager Dora zu berichten: »Seine politische Einstellung ist nach wie vor kommunistisch. Hierüber dürfte das Landesamt für Verfassungsschutz ausreichend informiert sein.«[95] Mit ähnlichem Misstrauen traten sowjetische Ermittlungsbehörden überlebenden sowjetischen Häftlingen entgegen. Der Vorwurf der Kollaboration mit der SS war gegenüber Überlebenden geradezu stereotyp. In einem 1968 verfassten und als »geheim« eingestuften Bericht einer sowjetischen Ermittlungsbehörde über eine »Zeugenüberprüfung« (es sollte geprüft werden, ob ein ehemaliger Häftling im Essener Dora-Prozess aussagen dürfe) wird etwa gemutmaßt, der Überprüfte sei »während seines Aufenthaltes im Lager Dora Agent der ehemaligen deutschen Abwehrorgane gewesen«.[96] Ähnlich misstrauisch bis ablehnend begegneten MfS-Mitarbeiter den in der DDR lebenden KZ-Überlebenden, als sie in den 1960er Jahren prüften, welche DDR-Bürger als Zeugen für den Essener Dora-Prozess geeignet sein könnten.[97]

Nicht nur Vernehmungsbeamte, sondern auch Verteidiger und Richter zweifelten die Glaubwürdigkeit überlebender Häftlinge häufig mit einer bisweilen zynischen Argumentation an. So ließ der Vorsitzende des Landgerichtes

94 Zu den Unterlagen des BStU vgl. etwa dies., Ermittlungskomplex Ravensbrück; Henke/Engelmann (Hg.), Aktenlage.

95 Schreiben Bayerische Landespolizeiinspektion Vilshofen an Kripo München, 17.7. 1958, BA Ludwigsburg, 406 AR-Z 69/72, Bl. 148.

96 Sowjetischer Bericht unbekannter Provenienz, o. D. (1968), BStU, ZM 1625, Bd. 63, A. 304, Bl. 15.

97 Vgl. Wamhof, Aussagen, S. 32-35.

Bielefeld 1968 ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen stellvertretenden Leiter der SS-Baubrigade I mit der Begründung einstellen, »daß es sich bei fast allen Zeugen um ehemalige KZ-Häftlinge handelt, die dem Angeschuldigten mehr oder weniger feindselig gegenüberstehen. Es soll ihnen zwar nicht schlechthin unterstellt werden, daß sie bewußt die Unwahrheit sagen. Zumindest reichen ihre Aussagen zur Überführung des Angeschuldigten nicht aus.«[98] Mit einer ganz ähnlichen Argumentation verwies 1951 das Landgericht Itzehoe in einem Verfahren gegen einen SS-Aufseher aus dem Lager Wofflеben auf die vermeintliche Unglaubwürdigkeit eines der beiden Hauptbelastungszeugen: »Er mag zwar [als Häftling] im Lager Wofflеben gewesen sein und den Transport nach Bergen-Belsen mitgemacht haben, aber die von ihm bekundeten Einzelheiten, auf die es ankommt, kann er trotzdem erfunden haben, um sich wichtig zu machen oder um sich an dem Angeklagten als einem Angehörigen der Aufsicht in den Konzentrationslagern zu rächen.«[99]

Neben der Haltung der Vernehmenden ist auch die formale Struktur für die Bewertung der Vernehmungsprotokolle von Belang. Vernehmungsniederschriften aus Ermittlungsverfahren geben die Zeugenaussage selten originalgetreu wieder, sondern nur in einem vom Vernehmenden verfassten (und vom Vernommenen autorisierten) zusammenfassenden Protokoll. Die Aussage wird also bereits während ihrer Niederschrift einer ersten Fremdinterpretation unterzogen. Erschwerend kommt hinzu, dass das formalisierte Protokoll die Aussage bereits im Ansatz in enge Grenzen zwängt. Nicht die Lebensgeschichte des Häftlings oder die Geschichte des Lagers werden in der Zeugenbefragung thematisiert, sondern die Rekonstruktion eines konkreten Tathergangs. Das Erleben der Häftlinge und ihre Leiden treten dabei in den Hintergrund. Diese schmerzhafte Erfahrung für den Überlebenden wird dann noch verstärkt, wenn von Seiten des Vernehmenden Ausführungen allgemeiner biographischer Art abgebrochen werden oder sogar Angaben in Zweifel gezogen werden und damit die Aussage des Zeugen zum Verhör über seine Erinnerung wird.

Besonders in Gerichtsprotokollen ergibt sich noch ein weiteres Problem: Zur Ermittlung der konkreten Schuld eines Angeklagten werden vorzugsweise solche ehemaligen Häftlinge als Zeugen vor Gericht geladen, die konkrete Ereignisse berichten können, also Namen von Beschuldigten, Ortsbezeichnungen, Zeitangaben und ähnliches. Das trifft besonders auf Zeugen zu, die während ihrer Haftzeit Funktionsposten bekleideten. Damit deuten sich zwei Problemfelder an, die den Erkenntniswert der Zeugenaussage schmälern können: Erstens werden sie aus der Perspektive einer kleinen »privilegierten« Schicht der Häftlingsgesellschaft abgegeben, und zweitens stehen diese Aussa-

98 LG Bielefeld, Einstellungsbeschluss im Ermittlungsverfahren gegen Otto H. (5 Js 157/62), 14.8.1968, BA Ludwigsburg, 404 AR-Z 57/67, Bl. 201 f.

99 LG Itzehoe, Urteil gegen den Schlachtergesellen K., 28.4.1951 (3 Ks 5/50), abgedr. in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 8, S. 337.

gen im Spannungsfeld zwischen Widerstand und Kollaboration, worüber sich die Aussagenden häufig bewusst sind. Die Angst vor Selbstbezichtigung oder Belastung von ehemaligen Mithäftlingen lässt diese Zeugen deshalb bisweilen recht einsilbig werden.[100] Wieweit diese Aussagen mit den Lagererfahrungen der großen Mehrheit der namenlosen Häftlinge noch im Einklang stehen, ist sehr fraglich. Auch die Intention des Zeugen bei seiner Aussage muss bei ihrer Bewertung berücksichtigt werden. Dabei fällt besonders ins Gewicht, ob der Überlebende als Zeuge der Anklage oder als Entlastungszeuge auftritt. Im Dachauer Dora-Prozess haben sich als Zeugen geladene ehemalige politische Funktionshäftlinge des Mittelbau-Außenlagers Harzungen (u. a. der ehemalige Kapo der Schreibstube, Schiller) während des Prozesses offenbar abgesprochen, um den Angeklagten Fuchsloch (ehemaliger Lagerführer in Harzungen) zu entlasten, nicht zuletzt wohl aus dem Grund, dass er ihnen im April 1945 während des »Evakuierungs«-Marsches die Flucht ermöglicht hatte. In den umfangreichen Aussagen dieser vier Zeugen erscheint das Lager Harzungen in einem sehr positiven Licht. Der Mitangeklagte Zwiener, »krimineller« Kapo, schilderte in seiner Vernehmung die Verhältnisse in diesem Lager dagegen völlig entgegengesetzt und meinte zu den Aussagen der Entlastungszeugen:

> »At Harzungen they wanted to put out an inscription, ›sanitorium‹. They should have changed it to crematorium. […] I have listened yesterday to what Fuchsloch did. This is ridiculous. The way Fuchsloch has been praised here it sounds as if he was running around with a basket of flowers and was distributing chocolate at Harzungen. […] Yesterday you saw a witness, Schiller. That was a prominent prisoner. They were those men who played the intrigues in camp, because they could not be seen.«[101]

Die Problematik solcher Themenfelder wie Widerstand und Kollaboration sowie dem Kampf »politischer« gegen »kriminelle« Häftlinge wird hier besonders deutlich und ist bei der Bewertung der Zeugenaussagen zu berücksichtigen – das gilt aber natürlich nicht nur für Aussagen vor Gericht, sondern für Häftlingsberichte im Allgemeinen.

Das Zitat Zwieners ist auf Englisch wiedergegeben, da das Transkript der Hauptverhandlung wie bei anderen Prozessen, die vor alliierten Militärgerichten abgehalten wurden, nur in englischer Sprache verfasst wurde.[102] Die ur-

100 Dass die Furcht, selbst einem Ermittlungsverfahren ausgeliefert zu werden, durchaus begründet war, zeigt sich am Beispiel des Essener Dora-Prozesses, in dessen Verlauf einige Dutzend Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Häftlinge eingeleitet wurden, die sich selbst bezichtigt hatten oder von ehemaligen Mithäftlingen oder SS-Angehörigen beschuldigt worden waren.

101 Aussage Willi Zwiener, 1947, NAW, M-1079, Roll 8, S. 5136 ff.

102 Die Vernehmungen im Vorfeld des Prozesses, die bis April 1945 zurückreichen, sind jedoch auch in Deutsch, zum Teil auch in Französisch wiedergegeben. Im Folgenden werden sie grundsätzlich in der im Original vorliegenden Sprache zitiert, um sie

sprüngliche Aussage ist also bereits durch die Übersetzung entfremdet. Dazu kommt, dass die lebendige Aussage in die formalisierte Sprache des Protokolls gezwängt wird. Pausen, Betonungen, Wortwiederholungen u. ä., die häufig über das Erleben und die Persönlichkeit des Zeugen mehr sagen als das explizit Ausgesprochene, gehen dadurch verloren.

»Warum? Das fragen wir alle, die wir überlebten: Warum?«, schrieb der ehemalige Mittelbau-Häftling Edgard van de Casteele kurz nach seiner Befreiung.[103] Das Leiden und Sterben in den Konzentrationslagern ist weder von überlebenden Häftlingen und erst recht nicht vom interpretierenden Historiker umfassend darstellbar, und seine Ursachen entziehen sich in manchen Bereichen der rationalen Erklärung. Dan Diner sprach in diesem Zusammenhang vom »Niemandsland des Verstehens«, und an anderer Stelle ist von den »Grenzen des Verstehens« die Rede.[104] Tatsächlich versagt angesichts der Monstrosität des Verbrechens die Sprache, da das zu Beschreibende (und Erklärende) jenseits der Grenzen des Sagbaren liegt, nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich: Abstrahierende Erklärungsversuche bergen immer die Gefahr, dass hinter einer nüchtern-distanzierenden analytischen Sprache das Leiden der Betroffenen kaum noch sichtbar ist. Die Verbannung des Holocaust in eine »black box« der Erinnerung hilft hier jedoch auch nicht weiter, mehr noch: Sie leistet einer Mystifizierung Vorschub, welche die Wahrnehmung der Tat noch stärker entwirklicht als dies ohnehin schon der Fall ist. »*Unvorstellbar*, das ist ein Wort, das sich nicht teilen lässt, das nicht einschränkt«, schrieb der Buchenwald-Überlebende Robert Antelme, und er fuhr fort: »Es ist das bequemste Wort. Läuft man mit diesem Wort als Schutzschild umher, diesem Wort der Leere, wird der Schritt sicherer, fester, fängt sich das Gewissen wieder.«[105]

Die vorliegende Studie möchte ganz bewusst Erklärungsangebote liefern. Sie will Mythen dekonstruieren, ohne die Erinnerung und Wahrnehmung der Überlebenden auszuklammern und ihnen die Stimme zu nehmen. Der Rückgriff auf die Häftlingsberichte soll methodisch einen Beitrag dazu liefern.

Die sich häufig widersprechenden Häftlingsberichte machen jedoch deutlich, dass es so etwas wie eine einzig wahre Lagergeschichte nicht gibt, denn jeder Bericht gibt individuelle Sichtweisen und Erfahrungen wieder. Das gilt auch für eine Lagermonographie. »Die Historie enthüllt uns«, schrieb der österreichische Historiker Hans Petschar, »dass die Wahrheit so viele Gesichter hat, wie es Geschichten gibt (und mehr Geschichten als Historiker). Die Wahrheit in der Geschichte ist nichts anderes als dies: eine Weise der Anschauung.«[106]

nicht noch weiter zu verfremden. Ein Hinweis zur Zitierweise bei deutschen Zitaten: Offenkundige Rechtschreib- oder Zeichensetzungsfehler sind stillschweigend korrigiert worden.

103 Edgard van de Casteele, Ellrich.

104 So der Titel eines Sammelbandes zum Thema: Loewy (Hg.), Grenzen des Verstehens.

105 Antelme, Menschengeschlecht, S. 407 f. (Hervorhebung im Original).

106 Petschar, Kritik, S. 51.

II. Erweiterung durch Zwangsarbeit: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager im Krieg

1. Strafe, Terror und Ausbeutung: Zur Entstehung des KZ-Systems

Entwicklungslinien des KZ*-Systems*

»Seit heute Nacht hat Sangerhausen ein kleines Konzentrationslager«, titelte die »Sangerhäuser Zeitung« am 11. August 1933.[1] Gemeint war die vorübergehende Unterbringung einiger von der SA festgehaltener angeblicher kommunistischer »Funktionäre« in einem Pferdestall in der Kreisstadt Sangerhausen am südlichen Harzrand. Später, so ist in dem Artikel zu lesen, sollten die Gefangenen in ein »richtiges« Konzentrationslager überstellt werden.[2] Zehn Jahre später wurde in der Umgebung der Nachbarstadt Nordhausen das KZ Mittelbau-Dora errichtet, das letzte selbständige im »Dritten Reich« gegründete Konzentrationslager.

Zwischen der Gründung der beiden Lager lag ein Jahrzehnt, in dem die Nationalsozialisten durch Terror und »Gleichschaltung« ihre Herrschaft etabliert sowie mittels einer forcierten Aufrüstungspolitik einen Weltkrieg vorbereitet und schließlich auch begonnen hatten. Im vierten Kriegsjahr, in dem das Lager Dora eingerichtet wurde, war der Mord an der jüdischen Bevölkerung im deutschen Machtbereich Europas bereits weitgehend abgeschlossen, und spätestens seit Stalingrad war absehbar, dass der Krieg mit der Niederlage Deutschlands enden würde.

Die äußeren Daten der politischen Entwicklung, durch die auch das System der Konzentrationslager geprägt wurde, sind hiermit abgesteckt. Sie verdeutlichen, wie sehr sich die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 1933 von denen des Jahres 1943 unterschieden. Damit stellt sich die Frage, ob über die Bezeichnung »Konzentrationslager« hinaus überhaupt Gemeinsamkeiten zwischen den Lagern des Jahres 1933 und dem ausufernden KZ-Lagersystem der letzten Kriegsphase bestanden. Ist es überhaupt angebracht, der Terminologie der Nationalsozialisten zu folgen und beide Lager als Konzentrationslager zu bezeichnen?

1 DMD, PA 14/12.

2 Politische Häftlinge aus der Region um Nordhausen wurden 1933 als Polizeihäftlinge im Polizeigefängnis Nordhausen und als »Schutzhäftlinge« überwiegend im KZ Papenburg, zum Teil auch in den Konzentrationslagern Sonnenburg und Lichtenburg gefangengehalten; vgl. StadtA Nordhausen, C 1.3.2.7. Siehe auch unten, Kapitel III.1.

Die Entwicklung der Konzentrationslager, die, wie Hannah Arendt einmal festgestellt hat, »die eigentlich zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparates«[3] darstellten, ist untrennbar mit der Genese des gesamten nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsgefüges verbunden. In jeder Phase ihrer Entwicklung sollten die Konzentrationslager spezifische Funktionen für den Herrschaftsapparat erfüllen, sei es die Gegnerbekämpfung, die Sozialdisziplinierung, die »rassische« Generalprävention, die Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen oder die wirtschaftliche Ausbeutung der Gefangenen. Die Aufzählung zeigt, was bisweilen in der Forschungsdiskussion um den Funktionswandel im KZ-System übersehen wird, dass nämlich der Funktionszuweisung gänzlich verschiedene Referenzsysteme zugrunde lagen.[4] So zielte die Funktion der Sozialdisziplinierung vornehmlich nach außen, auf die Gesellschaft, während etwa die Zwangsarbeit von KZ-Insassen lange eher lagerintern ausgerichtet war, denn mindestens bis 1942 war der »Arbeitseinsatz« in den Konzentrationslagern volkswirtschaftlich gänzlich unbedeutend.

Aber auch wenn externe Funktionszuweisungen und die Praxis in den Lagern häufig stark auseinanderklafften, so können insgesamt doch erhebliche Übereinstimmungen zwischen der Gesamtentwicklung des NS-Staates und der Genese des KZ-Systems konstatiert werden. Irreführend ist es jedoch, die Lagerstrukturen gleichsam als Abbild der Gesamtgesellschaft zu sehen, wie es Gerhard Armanski nahelegte, als er von der »mehr oder minder ausgeprägten strukturellen Isomorphie zwischen Lager und umgebender Gesellschaft« sprach.[5] Die Lagergesellschaften waren keine Subsysteme, sondern eigenständige Sozietäten, die gleichwohl eingebunden waren in die sie bedingenden und prägenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen des NS-Staates. Die extern bedingte schrittweise Funktionserweiterung der Konzentrationslager schlug sich, wenn auch nicht durchgängig und bisweilen sogar dysfunktional, durchaus im internen Lagerbetrieb nieder. Besonders deutlich wird dies, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, am Wandel des Charakters der Zwangsarbeit im KZ, aber auch an der sukzessiven Ausweitung der Haftkriterien und nicht zuletzt an erheblichen Veränderungen der Sterblichkeitszahlen.

Seit der Veröffentlichung von Falk Pingels grundlegender KZ-Studie hat es sich in der Forschung allgemein durchgesetzt, drei Phasen der Entwicklung im KZ-System zu unterscheiden.[6]

Die *erste Phase*, die mit der Errichtung der sogenannten wilden Konzentrationslager 1933 begann und in deren Verlauf das KZ-System unter Führung der SS und Theodor Eickes vereinheitlicht und institutionalisiert wurde, reichte bis etwa 1935/36.[7] Durch Terror und die »Gleichschaltungs«-Politik schafften es

3 Arendt, Elemente, S. 645.
4 Vgl. Sofsky, Grenze des Sozialen, S. 1142.
5 Armanski, Maschinen, S. 28 f.
6 Vgl. Pingel, Häftlinge. Vgl. zusammenfassend auch Wagner, Konzentrationslager.
7 Zu den frühen Konzentrationslagern vgl. insbesondere Drobisch/Wieland, System;

die Nationalsozialisten in dieser Zeit, ihre am 30. Januar 1933 errungene Herrschaft auszubauen und zu konsolidieren. Die Konzentrationslager dienten ihnen dabei als Haftstätten für tatsächliche oder vermeintliche Gegner, gleichzeitig aber auch als nach außen gerichtete Institutionen des Terrors, die die Bevölkerung einschüchtern und potentielle Gegner vom Widerstand abhalten sollten. Dass die Funktion der Abschreckung in dieser Phase eine wichtige Rolle spielte, zeigt sich deutlich an der großen Zahl von (Foto-)Berichten über Konzentrationslager und die dort inhaftierten Menschen in der zunehmend gleichgeschalteten deutschen Presse.[8] Damit war das »Implantat der Angst« (Jan Philipp Reemtsma[9]), das besonders gegen Ende der NS-Herrschaft seine tödliche Wirkung entfaltete, in die deutsche Gesellschaft gesetzt.

Bereits im Februar und März 1933 wurden mit der ersten großen Verhaftungswelle hauptsächlich gegen sozialdemokratische und kommunistische Gegner der Nationalsozialisten meist unter Ägide der SA die ersten Konzentrationslager eingerichtet. Im Juli 1933 befanden sich nach einer Statistik des Reichsinnenministeriums fast 27 000 Personen in »wilden Lagern« der SA oder der SS, in Gefängnissen oder in ersten staatlichen Konzentrationslagern in »Schutzhaft« – einer Terrorinstitution, die (ohne selbst genannt zu werden) ihre »rechtliche« Grundlage in der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 hatte.[10] Dieses Ausnahmegesetz, das als »Reichstagsbrandverordnung« bekannt wurde, setzte wesentliche Teile der Weimarer Verfassung außer Kraft und erteilte dem nationalsozialistischen Terror eine Blankovollmacht.

Mit zunehmender Konsolidierung der NS-Herrschaft sank ab dem Sommer 1933 die Zahl der »Schutzhäftlinge« in Gefängnissen und Lagern. Gleichzeitig wurden die meisten »wilden« Haft- und Folterstätten schrittweise wieder aufgelöst. Die Ernennung Theodor Eickes zum »Inspekteur der Konzentrationslager« und »Führer der SS-Wachverbände« durch Himmler am 4. Juli 1934 markierte nach der Phase der »wilden« Lager den Übergang zum institutionalisierten Terror.[11] Zuvor hatte sich die SS spätestens mit der Ermordung Ernst Röhms im Kampf um die Macht über die Politischen Polizeien in Deutschland gegen die rivalisierende SA durchgesetzt. Unter Theodor Eicke gerieten nun sämtliche Konzentrationslager in den Machtbereich der SS. Eicke hatte als

Giebeler u. a. (Hg.), Die frühen Konzentrationslager, sowie Wachsmann, KL, S. 23 ff. Tuchels grundlegende Studie zur Entstehung der Inspektion der Konzentrationslager widmet den frühen Konzentrationslagern des Jahres 1933 dagegen nur relativ wenig Platz; vgl. Tuchel, Konzentrationslager.

8 Vgl. Milton, Konzentrationslager der 1930er Jahre.

9 Reemtsma, Implantat der Angst.

10 Vgl. Tuchel/Schattenfroh, Zentrale des Terrors, S. 118 ff.; Broszat, System, S. 11 ff.; Drobisch/Wieland, System, S. 25 ff. Zur Typologie der frühen Haftstätten vgl. Pingel, Häftlinge, S. 33.

11 Zur Gründung der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) vgl. Tuchel, Konzentrationslager, S. 205 ff.

Kommandant des KZ Dachau, das als einziges frühes KZ bis zum Kriegsende bestand, seit Sommer 1933 mit dem »Dachauer Modell« ein System der inneren Lagerverwaltung entwickelt, das er bald auch in allen anderen Konzentrationslagern durchsetzen ließ.

Die Aufstellung des Vierjahresplanes und die Vereinheitlichung der polizeilichen Kompetenzen unter Heinrich Himmler im Sommer 1936 leiteten die *zweite Phase* in der Entwicklung der Konzentrationslager ein. Sie ist von der Kriegsvorbereitung und den ersten, siegreichen Kriegsjahren sowie vom endgültigen Übergang von der Gegnerverfolgung zum Präventionskonzept geprägt.[12] Der Gründung der neuen großen, dezentralen und für einen dauerhaften Gebrauch bestimmten Konzentrationslager waren 1935 Verhandlungen zwischen Eickes Förderer Himmler und Hitler vorausgegangen, in denen die Grundsatzentscheidung für das Fortbestehen und den Ausbau der Konzentrationslager gefallen war.[13] Diese Entscheidung hatte den Durchbruch für das Präventivkonzept bedeutet. Im Spätsommer 1935 setzten die Verfolgungsorgane eine erste große Verhaftungswelle in Gang, in deren Verlauf einige tausend tatsächliche oder vermeintliche KPD-Funktionäre festgenommen und in Konzentrationslager eingeliefert wurden, darunter besonders viele in die Lager Dachau und Sachsenburg. Viele der Festgenommenen waren bereits 1933 verhaftet und zwischenzeitlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gleichzeitig wurden die Haftkriterien schrittweise ausgedehnt: Die Lager begannen sich mit Homosexuellen, Zeugen Jehovas und als »kriminell« oder »asozial« bezeichneten Häftlingen zu füllen.[14]

Die Inhaftierung dieser Menschen, in denen die Nationalsozialisten keine primär politische Gefährdung ihrer Macht sahen, macht den Wandel des Konzeptes der Gegnerbekämpfung zu einem Programm der sozialen und rassistischen Generalprävention deutlich.[15] Ziel dieses gesellschaftsbiologischen Programmes war es, abweichendes Sozialverhalten nicht nur zu bestrafen, sondern in der formierten Gesellschaft der »Volksgenossen« überhaupt zu verhindern, indem »Gemeinschaftsfremde« der gesellschaftlichen Ächtung, Ausgrenzung und schließlich auch »Ausmerzung« preisgegeben wurden.[16]

Als »asozial« Stigmatisierte waren bereits seit 1933 in kommunalen und landeseigenen Lagern sowie »Arbeitshäusern« inhaftiert worden. Vereinzelt hatte

12 Zu dieser Phase vgl. etwa ebd.; Pingel, Häftlinge, S. 61 ff.; Drobisch/Wieland, System, S. 251 ff., sowie die Beiträge von Johannes Tuchel, Ulrich Herbert, Patrick Wagner, Günter Morsch und Falk Pingel in Herbert/Orth/Dieckmann, Konzentrationslager, S. 43 ff.

13 Vgl. auch im Folgenden Tuchel, Planung und Realität, S. 46 ff.

14 Zu den »Berufsverbrechern« vgl. Wagner, Vernichtung der Berufsverbrecher; zur Geschichte der Verfolgung der »Asozialen« Ayaß, Asoziale, sowie ders., Schwarze und grüne Winkel.

15 Vgl. Herbert, Gegnerbekämpfung.

16 Zum Konstrukt der »Gemeinschaftsfremden« vgl. die mittlerweile schon ältere, aber noch immer grundlegende Arbeit von Peukert, Volksgenossen.

man sie auch schon in der Frühphase der NS-Herrschaft in Konzentrationslager eingewiesen. Ab 1936 stieg die Zahl der in den Konzentrationslagern inhaftierten »Asozialen« langsam an und erreichte 1938 mit der »Aktion Arbeitsscheu Reich« (in den KZ-Verwaltungen setzte sich schnell die Abkürzung »ASR« durch) einen vorläufigen Höhepunkt. Rechtlich-formale Grundlage dieser »Asozialen«-Razzien, in deren Verlauf im April und Juni 1938 weit über 10 000 Menschen in die Konzentrationslager eingewiesen wurden, war ein Erlass des Reichsinnenministers Frick vom 14. Dezember 1937, in dem die bereits seit 1933 angewandte polizeiliche Vorbeugungshaft reichseinheitlich geregelt und auf »Asoziale« ausgedehnt worden war.[17]

Die meisten der im Rahmen der »Aktion Arbeitsscheu Reich« Inhaftierten, unter denen sich viele Juden sowie Sinti und Roma befanden, gelangten nach Buchenwald und Sachsenhausen.[18] Das im Sommer 1936 eingerichtete KZ Sachsenhausen war das erste große Lager, das im Sommer 1936 nach Hitlers und Himmlers Abmachung über den Fortbestand der Konzentrationslager gegründet worden war. Ihm folgten 1937 das KZ Buchenwald sowie 1938 die Lager Flossenbürg, Neuengamme[19] und Mauthausen, das bald nach dem »Anschluss« Österreichs eingerichtet wurde. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, im Juli 1939, wurde schließlich das Frauen-KZ Ravensbrück gegründet.

Stellten vor den »Asozialen«-Razzien des Jahres 1938 politische Gefangene und »kriminelle« Vorbeugehäftlinge die Mehrheit der KZ-Insassen, so gerieten sie im Sommer 1938 gegenüber den ASR-Häftlingen in einigen Lagern in die Minderheit. Anfang Juli 1938 gehörten nahezu 60 % aller Buchenwald-Insassen zur Häftlingsgruppe der »Asozialen«, an deren zahlenmäßiger Dominanz sich bis zum Kriegsbeginn kaum etwas änderte.[20]

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 markierte in der Entwicklung der Konzentrationslager einen entscheidenden Einschnitt, vor allem in quantitativer Hinsicht. Zunächst einmal füllten sich die Konzentrationslager mit deutschen Häftlingen, die bereits seit längerem in einer sogenannten A-Kartei erfasst waren und in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 von der Gestapo festgenommen wurden. Dem Konzept der »öffentlichen

17 Vgl. Ayaß, Asoziale, S. 139 ff., insbesondere S. 143 u. 156, sowie Schmidt, Aktion, und Schleupner, »Arbeitsscheu Reich«.

18 Vgl. Ayaß, Asoziale, S. 165 f.

19 Dieses im September 1938 gegründete Lager war zunächst ein Außenlager von Sachsenhausen, bevor es im Juni 1940 zum Hauptlager verselbständigt wurde.

20 Vgl. Stein, Funktionswandel, S. 169 f. Nach den Novemberpogromen von 1938 wurden etwa 36 000 jüdische Männer in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau deportiert. Dadurch stellten sie vorübergehend die Mehrheit unter den KZ-Insassen, wurden jedoch – so sie überlebten – bis auf wenige Ausnahmen im Winter 1938/39 mit dem Ziel der Auswanderung wieder entlassen; vgl. Drobisch/Wieland, System, S. 282 ff., und Pingel, Häftlinge, S. 93 ff.

Sicherheit« folgend erfassten diese Einweisungen alle bisher von der Verfolgung betroffene Gruppen, besonders aber politische Gegner.[21]

Bald nach Kriegsbeginn begann die Zahl ausländischer Häftlinge in den Lagern zu steigen. Die Einlieferungsschübe folgten dabei zeitlich leicht versetzt den Eroberungsfeldzügen der Wehrmacht. Den weitaus größten Teil der ausländischen KZ-Insassen stellten bis 1942/43 Häftlinge aus Polen und, ab 1941, aus der Sowjetunion. Aus den besetzten Ländern im Westen und Norden Europas wurden dagegen in der ersten Kriegshälfte nur vereinzelt Menschen in die Konzentrationslager im Reichsgebiet verschleppt.[22]

Parallel zu den Massenverhaftungen in den besetzten Gebieten begann die SS neue Konzentrationslager im Osten des Reichsgebietes und in Frankreich und Polen einzurichten, darunter die größeren Lager Stutthof bei Danzig (im September 1939 zunächst als »Zivilgefangenenlager« eingerichtet und im Januar 1942 in Konzentrationslager umbenannt), Auschwitz (Frühjahr 1940), Groß-Rosen (gegründet als Außenlager Sachsenhausens im August 1940, ab 1. Mai 1941 eigenständiges KZ), Natzweiler (Winter 1940/41) und Lublin-Majdanek (Herbst 1941). Zwar stieg in allen Konzentrationslagern mit der Ausweitung des deutschen Herrschaftsbereiches die Zahl ausländischer Häftlinge an, besonders viele Ausländer wurden aber in die nach Kriegsbeginn neugegründeten Lager verschleppt. Deutsche Häftlinge waren in diesen Lagern immer in der Minderheit.

Das starke Anwachsen der Häftlingszahlen nach Kriegsbeginn von 21.400 im August 1939 auf knapp 100 000 Anfang 1942[23] und die gleichzeitig deutlich steigende Zahl der Todesfälle machen deutlich, dass hier ein deutlicher Einschnitt in der Geschichte der NS-Konzentrationslager vorliegt. Da aber der Kriegsführung die Kriegsvorbereitung vorausging, kann – Falk Pingel folgend[24] – die gesamte Phase von 1936 bis 1942 als Entwicklungseinheit betrachtet werden.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 leitete den Übergang zur *dritten Phase* der KZ-Entwicklung ein. Das Scheitern der deutschen Blitzkriegsstrategie und die Aussicht auf einen längeren Abnutzungskrieg zwangen ab dem Herbst 1941 zu einem generellen Umdenken in der deutschen Kriegswirtschaft.[25] Insbesondere der Arbeitskräftemangel, der sich mit jeder neuen Einberufungswelle immer stärker bemerkbar machte, aber auch die Ressourcenknappheit, die mangels neuer Eroberungen nicht mehr wie bisher ausgeglichen werden konnte, machten die Reorganisation der Kriegswirtschaft notwendig.

21 Vgl. ebd., S. 72.
22 Vgl. ebd., S. 74 u. 96 ff.
23 Zahlen nach Drobisch/Wieland, System, S. 339; Fröbe u. a. (Hg.), Konzentrationslager, S. 20.
24 Pingel, Häftlinge, S. 15.
25 Vgl. Herbst, Der totale Krieg, S. 171 ff.

Strukturell fand diese Entwicklung im Ausbau des späteren Rüstungsministeriums zur zentralen wirtschaftlichen Lenkungsbehörde unter Albert Speer ihren Ausdruck. Als Speer im Februar 1942 den tödlich verunglückten Fritz Todt als Minister für Bewaffnung und Munition ablöste, stellte der akute Arbeitskräftemangel in Deutschland eines der zentralen Probleme dar, auf das die NS-Führung im März 1942 mit der Ernennung des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« (GBA) reagierte.[26] Sauckel, formal Görings Vierjahresplanbehörde unterstellt und faktisch von Speer abhängig, sollte das auf dem Gebiet des »Arbeitseinsatzes« herrschende Verwaltungschaos beseitigen und den Arbeitskräftebedarf der Kriegswirtschaft besonders durch (Zwangs-)Rekrutierungen in den besetzten Gebieten decken. Etwa zeitgleich mit der Ernennung Sauckels zum GBA wurde auch im Bereich der Konzentrationslager eine entscheidende Verwaltungsänderung vorgenommen: Mit Wirkung vom 16. März 1942 ließ Himmler die Inspektion der Konzentrationslager, die seit dem Weggang Eickes im September 1939 von SS-Brigadeführer Richard Glücks geleitet wurde, als »Amtsgruppe D« in das erst kurz zuvor gebildete SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) eingliedern.[27] Der Name dieses Amtes war Programm – zumindest, was die Funktionszuweisung durch Himmler und WVHA-Chef Oswald Pohl anging, sollte doch das KZ-System organisatorisch auf den systematischen Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsindustrie eingestellt werden.

Die Zwangsarbeit von KZ-Insassen in der Kriegswirtschaft prägte die dritte und letzte Phase des KZ-Systems.[28] Zunächst kam die Häftlingsarbeit nur schleppend in Gang und blieb auch später, von einzelnen Industriezweigen abgesehen, gesamtwirtschaftlich eher unbedeutend. Dennoch stiegen die Häftlingszahlen ab 1942 erneut stark an – von etwa 110 000 im September 1942 auf 225 000 im Jahr darauf und schließlich sogar auf etwa 700 000 im Frühjahr 1945.[29] Die Zahlen machen die Funktionserweiterung der Konzentrationslager deutlich: Im Zuge der Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte für die Kriegswirtschaft trat in den Konzentrationslagern neben dem Verfolgungs- und Vernichtungsgedanken zunehmend das Ziel der wirtschaftlichen Ausbeutung der Lagerinsassen in den Vordergrund.

Die KZ-Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie löste einen tiefgreifenden Wandel in der inneren und äußeren Struktur der Konzentrationslager aus und führte ab 1943/44 mit den ausufernden Außenlagerkomplexen zu einer dramatischen Expansion des KZ-Phänomens. Gleichzeitig verschärfte sich in dieser

26 Zum GBA vgl. Raßloff, Sauckel, sowie Fleischhauer, NS-Gau, S. 271 ff.

27 Befehl Himmlers vom 3.3.1942, Nbg. Dok. NO-3169. Zum WVHA vgl. Allen, Business, sowie Schulte, Zwangsarbeit

28 Vgl. zusammenfassend Wagner, Work.

29 Zahlen nach Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 231; Broszat, System, S. 158 f., sowie Stärkemeldung der NS-Konzentrationslager vom 1.1.1945 und 15.1.1945 (Provenienz unklar), BA, NS 3/439, abgedr. in: Naasner, SS-Wirtschaft, S. 253.

Phase das Spannungsverhältnis zwischen politisch-ideologischen Zielvorgaben einerseits und pragmatisch-rationalen ökonomischen Überlegungen andererseits. So wurden, während der Häftlings-»Verleih« an die Industrie langsam in Gang kam, bis zum Frühjahr 1943 nahezu alle jüdischen Häftlinge aus den Konzentrationslagern in die Vernichtungslager[30] überstellt und ermordet, obwohl man ihre Arbeitskraft doch eigentlich dringend benötigte.

Von der Strafe zur Ausbeutung: Häftlingsarbeit im Konzentrationslager

Ende April 1942 stellte Oswald Pohl in einem Schreiben an seinen Vorgesetzten Heinrich Himmler die gewachsene Bedeutung der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern in den Vordergrund:

> »1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.
> 2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich notwendige Maßnahmen, welche eine allmähliche Überführung der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.«[31]

Als Pohl dies schrieb, war er erst wenige Monate im Amt. Seine Worte veranschaulichen, welche Bedeutung die SS-Führung im Frühjahr 1942 der beginnenden Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie beimaß. Bereits Anfang des Jahres hatte Himmler Richard Glücks, zu diesem Zeitpunkt noch Inspekteur der Konzentrationslager, schriftlich angekündigt, »große wirtschaftliche Aufgaben« würden »in den nächsten Wochen an die Konzentra-

30 Generell ist – zumindest für die Periode von etwa 1941/42 bis Mitte 1944 – zwischen den Konzentrations- und Vernichtungslagern zu unterscheiden. Sofskys Einwand (Sofsky, Grenze des Sozialen, S. 1164 f.), die Unterscheidung zwischen beiden Lagertypen sei wenig trennscharf, da sie nur nach der Zahl der Toten, nicht aber nach funktionalen Vernetzungen urteile, kann nicht überzeugen. Lager wie Chełmno, Belzec, Sobibór, Treblinka und überwiegend auch Auschwitz-Birkenau hatten die alleinige Funktion der Vernichtung. Sie waren reine Tötungsstätten, auch wenn in manchen Konzentrationslagern mehr Häftlinge zu Tode gekommen sind.

31 Schreiben Pohl an Himmler, 30.4.1942, Nbg. Dok. R-129, abgedr. in: IMT, Bd. 38, S. 363 ff.

tionslager herantreten«.[32] Seine Reaktion auf den Brief Pohls von April 1942 war dementsprechend positiv, wenngleich er einschränkte,

> »daß doch in irgendeiner Weise betont werden müßte, daß die Fragen der Haftüberprüfung sowie der Erziehungszweck für die Erziehbaren im KL. unverändert geblieben sind. Es könnte sonst der Gedanke auftauchen, daß wir Menschen verhaften oder, wenn sie verhaftet sind, drinnen behalten, um Arbeiter zu haben. Deswegen die Betonung und Klarstellung, daß die Haftprüfung unverändert bleibt und unabhängig von dem wirtschaftlichen Einsatz ist. Außerdem, bei allem hundertprozentigen Voranstellen der Arbeit, die wir herausholen müssen, bin ich der Ansicht, daß die Lagerkommandanten für die Erziehung der Erziehbaren sorgen müssen.«[33]

Himmler deutete damit auf den Widerspruch zwischen der langgeübten Praxis der Straf- oder Terrorarbeit und dem nunmehr propagierten Ziel produktiver Arbeit hin. Arbeit im Konzentrationslager blieb neben der wirtschaftlichen Verwertbarkeit ein Mittel der Herrschaftssicherung durch Terror, Erniedrigung, Strafe oder »Erziehung«, sadistischer Selbstzweck und Werkzeug der Vernichtung.

Jeder dieser Faktoren war in allen Phasen der KZ-Entwicklung mehr oder weniger virulent. Dennoch zeichnen sich Entwicklungslinien ab: Dem Konzept der Gegnerbekämpfung in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft folgend war KZ-Arbeit bis etwa 1936 als Straf- und Erziehungsmittel gegenüber den vorwiegend politischen Häftlingen gedacht.[34] Harte und meist nutzlose Tätigkeiten sollten den Widerstandswillen der Gefangenen brechen. Terror und Schikane – nichts anderes verstand die SS unter dem Begriff der »Erziehung« – prägten die KZ-Arbeit in dieser Phase. Doch bereits 1933 spielten wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle: Von Anfang an sollte die Arbeit zur Kostendeckung der Lager beitragen. Anspruch und Wirklichkeit klafften allerdings bisweilen auseinander. Besonders bei Lageraufbauarbeiten und bei der Moorkultivierung brachte die Zwangsarbeit häufig kaum verwertbare Ergebnisse. Anders sah es in den bereits 1933 eingerichteten Werkstätten in Dachau aus: Hier zeigte sich schon frühzeitig der in der dritten Phase der Konzentrationslager nicht selten über Tod oder Leben entscheidende Unterschied zwischen nichtqualifizierter und qualifizierter Arbeit, etwa beim Einsatz in einem harten Außenkommando oder dem in der Werkstatt.[35]

»Produktive« Arbeit blieb in der ersten Phase jedoch eine Randerscheinung, da sie politisch-ideologisch und wirtschaftlich auf starke Vorbehalte in der NS-Führung, bei staatlichen Institutionen und in der Privatwirtschaft stieß. Die

32 Schreiben Himmler an Glücks, 26.1.1942, Nbg. Dok. NO-500.
33 Schreiben Himmler an Pohl, 29.5.1942, Nbg. Dok. NO-719.
34 Vgl. auch im Folgenden Wachsmann, KL, S. 158 ff.
35 Vgl. Pingel, Häftlinge, S. 35 ff., besonders S. 38 f.

Arbeit »ehrloser« KZ-Häftlinge schien mit der NS-spezifischen mystischen Überhöhung des Arbeits-Ethos nicht vereinbar zu sein, und die Privatwirtschaft fürchtete die Konkurrenz durch die wirtschaftlichen Bestrebungen der SS.[36] Und nicht zuletzt war es die hohe Arbeitslosigkeit, die in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft eine produktive Arbeit von KZ-Häftlingen verhinderte.

Dies begann sich seit Mitte der 1930er Jahre zu ändern, als die Massenarbeitslosigkeit weitgehend abgebaut war und der NS-Staat im Zuge der forcierten Aufrüstung durch seine »Arbeitseinsatz«-Politik zur Zwangslenkung des Arbeitsmarktes überging.[37] Die Kriegsvorbereitung, die 1936 mit dem Vierjahresplan intensiviert wurde, und die Umsetzung des rassistischen Konzeptes der Generalprävention wirkten sich auf das KZ-System in zweifacher Hinsicht aus: Nach außen geriet die Funktion der Sozialdisziplinierung in den Vordergrund. Ein Kennzeichen dieser Entwicklung waren die Massenverhaftungen »Asozialer« im Frühjahr und Sommer 1938, die ihr arbeitsrechtliches Pendant in der Einführung der Teildienstpflicht im Juni 1938 hatten.[38] Im inneren Lagerbetrieb schlug sich dieser Strukturwandel in einer schrittweisen Modifizierung des Charakters der Arbeit nieder. Zwar blieb die Zwangsarbeit nach wie vor ein Mittel des Terrors, gleichzeitig begannen jedoch auch wirtschaftliche Gesichtspunkte an Bedeutung zu gewinnen. Nachdem in den frühen Konzentrationslagern die Moorkultivierung im Vordergrund gestanden hatte, war es nun die Arbeit in den Steinbrüchen, zu der die meisten Häftlinge gezwungen wurden. Die Baustoffgewinnung für militärische Projekte stand in dieser zweiten Phase im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Bestrebungen der SS. Entsprechend wurden die meisten der ab 1937/38 neugegründeten großen Konzentrationslager in der Nähe hochwertiger Gesteinsvorkommen errichtet, die durch die SS-eigene »Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH« (DESt) ausgebeutet wurden.[39]

Die »Steintreppe« in Mauthausen ist geradezu zum Symbol für die mörderische Arbeit in den KZ-Steinbrüchen geworden. Auf technische Hilfsmittel glaubte die SS weitgehend verzichten zu können, da die Arbeit nach wie vor »erzieherischen« Wert haben sollte und außerdem genügend Arbeitskräfte zu Verfügung standen, besonders, als ab 1938/39 immer mehr Häftlinge eingewiesen wurden. Das Ineinandergreifen von Überbelegung und der ideologisch

36 Vgl. ders., Konzentrationslagerhäftlinge, S. 152.

37 Zu den einzelnen arbeitsrechtlichen Vorschriften und Gesetzen vgl. Puppo, Gesetzgebung, S. 137 ff.; Hachtmann, Industriearbeit; Kranig, Lockung und Zwang.

38 Vgl. Verordnung zur Sicherstellung des Kräftbedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 22.6.1938, RGBl I 1938, S. 652. Der Teildienstpflicht folgte am 13.2.1939 die umfassende und unbegrenzte »Volldienstpflicht«; vgl. Kranig, Lockung und Zwang, S. 79 f., ferner Mason, Sozialpolitik, S. 290 ff.

39 Zu den SS-eigenen Betrieben, von denen viele wie die DESt oder die »Deutschen Ausrüstungswerke« (DAW) direkt an Konzentrationslager angeschlossen waren, die die Zweigwerke mit Arbeitskräften versorgten, vgl. Kaienburg, Wirtschaft; Naasner, Machtzentren, S. 236 ff.; Schulte, Rüstungsunternehmen.

motivierten Haltung der SS, die KZ-Arbeitskräfte als ersetzbar anzusehen, zog mit jedem Einlieferungsschub einen dramatischen Anstieg der Todesrate nach sich. Diese erreichte nach Kriegsbeginn ein vorher unbekanntes Ausmaß. Besonders die neuen Häftlingsgruppen, also vorrangig ausländische KZ-Insassen, waren in dieser Phase mit Arbeitsbedingungen konfrontiert, die mit der Formel von der »Vernichtung durch Arbeit« treffend beschrieben sind. Was mit Blick auf die dritte Periode der Konzentrationslager in der Forschung kontrovers diskutiert wird, kann für die erste Kriegsphase mit Recht konstatiert werden: Die wirtschaftliche Ausnutzung der KZ-Haft und die Abarbeitung der Häftlinge bis zum Tod durch Erschöpfung bildeten in einem Lager wie Mauthausen, in dem drei Viertel aller Lagerinsassen das Jahr 1940 nicht überlebten, tatsächlich eine Einheit.[40]

Von produktiver Arbeit konnte unter solchen Umständen kaum die Rede sein, jedenfalls nicht, wenn darunter rentables Wirtschaften verstanden wird – von Bestrebungen, die Arbeitskraft der Produzenten zu erhalten, ganz zu schweigen. Die beiden SS-Ziegeleien in Sachsenhausen und Neuengamme, die zur DESt gehörten, schlossen die ersten Geschäftsjahre mit hohen Verlusten ab. Neben der extensiven Ausnutzung der KZ-Arbeitskräfte war dafür allerdings vornehmlich der betriebswirtschaftliche Dilettantismus der SS-Betriebsleitungen verantwortlich.[41]

Zwar gab es auch Ansätze einer effektiveren KZ-Arbeit in SS-Betrieben, beispielsweise im Ravensbrücker Zweigwerk der »Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung«, insgesamt aber entsprach der hohe Verschleiß von Arbeitskräften in der zweiten Phase der KZ-Entwicklung durchaus den politisch-ideologischen Vorgaben der SS und der Einweisungsbehörden. Während den politischen Häftlingen zugestanden wurde, »besserungsfähig« zu sein, galt dies nicht für die Gefangenen, die nach 1936 aus rassistisch-generalpräventiven Gründen eingewiesen worden waren und ab 1938 die Mehrheit in den Lagern stellten, also als »kriminell«, »asozial« oder »homosexuell« Verfolgte, Sinti und Roma sowie Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten, darunter jüdische Häftlinge. Ihr Einsatz auf »Vernichtungsarbeitsplätzen« (Pingel) hatte mithin System. Das galt auch für die vielen ausländischen Häftlinge besonders aus Osteuropa, die ab 1939 in die Lager eingewiesen wurden. Wenn die Arbeit dieser Gefangenen von der SS-Führung dennoch als Mittel der »Erziehung« bezeichnet wurde, so konnte dieser Begriff doch kaum verbrämen, was eigentlich gemeint war: die Vernichtung.

Die hohen Todesraten in der ersten Kriegsphase waren nicht nur eine Folge mörderischer Arbeitsbedingungen, sondern auch direkten Mordens. Dazu

40 Vgl. Pingel, Konzentrationslagerhäftlinge, S. 156, sowie ders., Häftlinge, S. 80 ff. Zur Entwicklung der Todesrate im KZ Mauthausen vgl. auch Fabréguet, Entwicklung, S. 202 f.

41 Vgl. Pingel, Häftlinge, S. 64 ff.

zählte vor allem die »Sonderbehandlung 14f13«.[42] In engem Zusammenhang mit der »Aktion T4« stehend, den »Euthanasie«-Morden an psychisch Kranken, galt die »Sonderbehandlung 14f13« der Ermordung kranker und behinderter Häftlinge sowie jüdischer Gefangener. Mindestens 10000, vielleicht auch 20000 Menschen fielen der »Sonderbehandlung 14f13« vom Frühjahr 1941 bis zum Frühjahr 1942 zum Opfer. Neben der ideologisch motivierten Absicht, Behinderte und Juden zu töten, verfolgte die SS mit der »Sonderbehandlung« auch das Ziel, sich der arbeitsunfähigen Häftlinge in den überfüllten Lagern zu entledigen, in denen sie lediglich unnütze Esser sah. Diese Praxis der Selektion nicht mehr arbeitsfähiger Häftlinge sollte in den folgenden Jahren zum Organisationsprinzip der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern werden.

Solange Arbeitskräfte in genügender Anzahl zur Verfügung standen oder im Zuge der deutschen Eroberungsfeldzüge zu erwarten waren, sahen sich weder die Arbeitsverwaltungen noch die SS-Führung veranlasst, am Konzept der extensiven Arbeitseinsatzpolitik etwas zu ändern. Besonders markant zeigte sich dies am Beispiel der sowjetischen Kriegsgefangenen. Von den gut 3 Millionen bis zum Februar 1942 in deutsche Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten verhungerten und erfroren fast 2 Millionen innerhalb weniger Monate, ein Schicksal, das die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten häufig teilte.[43]

Gleichzeitig machte sich im Reichsgebiet der Arbeitskräftemangel immer stärker bemerkbar. Bereits im Sommer 1941 plädierten Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und der Vierjahresplanbehörde für den Einsatz sowjetischer Gefangener in der deutschen Kriegswirtschaft. Zunächst stießen sie jedoch bei der Wehrmacht, in der Partei und im Reichssicherheitshauptamt auf »sicherheitspolizeiliche« und ideologische Vorbehalte.[44] Das offenkundige Scheitern der Blitzkriegsstrategie ließ jedoch bald pragmatische Überlegungen in den Vordergrund rücken. Ende Oktober 1941 gab Hitler den Weg zum Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter im Reichsgebiet frei. Bis zur Umsetzung dieser Grundsatzentscheidung vergingen jedoch noch mehrere Monate, die ein Großteil der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht überlebte – sie verhungerten und erfroren oder wurden erschossen oder auf andere Weise ermordet.[45]

42 Vgl. zusammenfassend Orth, System, S. 114-121; Friedlander, Origins; sowie – wenn auch leicht fehlerhaft – Grode, Sonderbehandlung.

43 Vgl. Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 436. Zur bereits seit dem Winter 1940/41 geplanten Hungerpolitik gegenüber der sowjetischen Bevölkerung vgl. Gerlach, Wirtschaftsinteressen, S. 266 ff.

44 Zur Entscheidung für den »Russeneinsatz« vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 137 ff., sowie Müller, Rekrutierung.

45 So zählten in Auschwitz sowjetische Kriegsgefangene im Herbst 1941 zu den ersten Opfern der zunächst provisorischen Gaskammern. Vgl. Kommandant in Auschwitz, S. 240 f.

Da Kriegsgefangene im Frühjahr 1942 nicht mehr in genügender Zahl zur Verfügung standen, rückte die sowjetische Zivilbevölkerung ins Zentrum der deutschen »Arbeitseinsatz«-Politik. Von Ende 1941 bis Sommer 1944 wurden fast 3 Millionen »Ostarbeiter« – so wurden sowjetische Zivilarbeiter von den deutschen Behörden bezeichnet – nach Deutschland gebracht, anfangs zum Teil noch freiwillig, seit dem Sommer 1942 nahezu ausnahmslos unter Zwang.[46]

Während in Berliner Ministerien noch über den »Russeneinsatz« gestritten wurde, fiel die Entscheidung zum systematischen Mord an den europäischen Juden.[47] Beides, der »Arbeitseinsatz« und die Vernichtung, standen in der Politik besonders gegenüber der jüdischen Bevölkerung Polens und der Sowjetunion von Beginn an in einem Spannungsverhältnis, bei dem die jeweilige politische, militärische und wirtschaftliche Lage vorgab, nach welcher Seite das Pendel ausschlug.

Noch unter dem Eindruck der Siegesgewissheit ermordeten gleich nach Beginn der deutschen Invasion die »Einsatzgruppen« der Sicherheitspolizei und des SD, Polizeibataillone sowie Einheiten der SS und zu einem geringeren Teil auch der Wehrmacht im Sommer und Herbst 1941 einen großen Teil der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Männer, Frauen und Kinder ganzer Ortschaften fielen den Erschießungskommandos meist unterschiedslos zum Opfer. Im Winter 1941/42 begann sich die Vernichtungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu wandeln. Zum einen verlagerte sich das Zentrum der »Endlösung« nun nach Polen, u. a. in die Vernichtungslager Chełmno, Treblinka, Sobibór, Majdanek, Belzec und Auschwitz-Birkenau. Gleichzeitig wurde die Arbeitsfähigkeit zu einem entscheidenden Kriterium für den *Zeitpunkt* der Ermordung – denn dass alle Juden Europas vernichtet werden sollten, darüber bestand unter den Planern des Völkermords spätestens nach der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 kein Zweifel mehr.

Auf dieser Konferenz wurde zwar nicht die eigentliche Entscheidung getroffen – diese war schon Monate zuvor gefallen[48] –, es wurde aber festgelegt, wie das Mordprogramm im einzelnen umgesetzt werden sollte. Einen Schwerpunkt der Besprechungen machte die Planung des »Arbeitseinsatzes« der jüdischen Bevölkerung aus. Während die in der deutschen Rüstungsindustrie arbeitenden sogenannten »Rüstungsjuden« mit Blick auf den Arbeitskräftemangel zunächst auf ihren Arbeitsplätzen und damit am Leben bleiben sollten, sahen die Planungen für die gesamte restliche jüdische Bevölkerung die »Evakuierung« in den Osten vor, wie der systematische Massenmord in der von Adolf Eichmann verfassten Besprechungsniederschrift chiffriert wurde. Dabei

46 Vgl. Müller, Rekrutierung, S. 234.

47 Zum Geschehen in den entscheidenden Monaten zwischen Juni 1941 und Januar 1942 vgl. Aly, Endlösung, S. 327 ff.

48 Vgl. Longerich, Politik der Vernichtung, S. 419 ff.; Gerlach, Wannsee-Konferenz; Orth, Rudolf Höß.

sollten, so RSHA-Chef Heydrich zu Beginn der Konferenz, »die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen«. Vorgesehen sei die Zwangsarbeit im Straßenbau, bei der »zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen« werde. Der »Restbestand« müsse dann »entsprechend behandelt«, also ermordet werden.[49] Während die Arbeit für die »Rüstungsjuden« zumindest ein Moratorium im Vernichtungsprozess bedeutete, sollte sie hier nichts anderes sein als ein Mittel zum Zweck der Vernichtung.[50]

Noch im gleichen Jahr, während einer »Führerbesprechung« vom 20. bis 22. September 1942, wurde von Hitler auch die Deportation der noch im Reichsgebiet verbliebenen »Rüstungsjuden« befohlen. Bis zum Frühjahr 1943 wurden diese schrittweise durch ausländische Zivilarbeiter ersetzt und in die Vernichtungslager verschleppt.[51] Parallel zu dieser Entwicklung befahl Himmler im Herbst 1942, alle jüdischen Häftlinge, die sich noch in Konzentrationslagern im »Altreich« befanden, nach Auschwitz und Lublin zu deportieren.[52]

Zur gleichen Zeit stieg jedoch der Bedarf an KZ-Arbeitskräften. Die erwähnte dreitägige Führerbesprechung im September 1942 ist in diesem Zusammenhang noch in einem weiteren Punkt von erheblicher Bedeutung: Die Eingliederung der Inspektion der Konzentrationslager in das SS-WVHA und die begleitenden Äußerungen Himmlers und Pohls vom Frühjahr 1942 hatten bereits erkennen lassen, dass man in der SS einen KZ-»Arbeitseinsatz« anstrebte, der über die bisherigen Aktivitäten der SS-eigenen Betriebe weit hinausreichte. Der unter dem Arbeitskräftemangel leidenden deutschen Rüstungsindustrie kamen solche Überlegungen durchaus entgegen. Strittig war nur, unter wessen Regie die Häftlinge arbeiten sollten. Sowohl die SS als auch die Privatindustrie beanspruchten die Verfügungsgewalt über Menschen und Maschinen. Schließlich konnte die Industrie in den Besprechungen vom 20. bis 22. September ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen, indem sich Hitler für das Prinzip der Ausleihe von Häftlingen an die Privatwirtschaft entschied. Himmler und Pohl, die eine Verlagerung der Produktion in die bestehenden Konzentrationslager angestrebt hatten, mussten dagegen eine Niederlage einstecken.

49 Protokoll der »Wannsee-Konferenz« vom 20.1.1942, zit. nach Rürup (Hg.), Topographie, S. 146 f.

50 Der weitaus größte Teil der deportierten Juden wurde allerdings auch nach der Wannseekonferenz direkt ermordet, ohne zuvor arbeiten zu müssen. Zum Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter vgl. Gruner, Arbeitseinsatz, sowie als Regionalstudien für Ostpolen Pohl, Judenverfolgung, und Sandkühler, Endlösung.

51 Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 223 f.; Maier, Arbeitseinsatz, S. 168 ff.

52 Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 224. Dieser Befehl wurde jedoch nicht ganz umgesetzt. Zumindest im KZ Buchenwald waren während des Krieges immer auch jüdische Häftlinge inhaftiert. Ihren Tiefststand erreichte die Zahl der als jüdisch eingestuften Buchenwalder Häftlinge im Sommer 1943 mit 210 männlichen Gefangenen; vgl. Rapportmeldungen KZ Buchenwald, 1940-1944, HStA Weimar, NS 4 Bu/143.

Die prinzipielle Entscheidung für den Häftlingsverleih an die Privatindustrie zog eine erhebliche Ausweitung der KZ-Zwangsarbeit nach sich. Zwar hatte die SS bereits seit 1941 unter anderem in Auschwitz (Buna), Buchenwald (Gustloff-Werke) und Mauthausen (Reichswerke Hermann Göring) erste Erfahrungen mit dem Häftlingsverleih überwiegend an staatliche Unternehmen gesammelt[53], und auch die Kommunen hatten seit 1941 Häftlinge aus den SS-Baubrigaden bei Aufräumungsarbeiten nach Luftangriffen eingesetzt, von einem systematischen Einsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Rüstungsindustrie kann jedoch erst nach Hitlers Grundsatzentscheidung vom September 1942 die Rede sein.

Zunächst entwickelte sich die Kooperation zwischen der SS und Unternehmen, die KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter einsetzten, jedoch recht verhalten. Erst eine erneute Verschärfung des Arbeitskräftemangels und der Beginn der Untertageverlagerung wichtiger Zweige der Rüstungsindustrie führten ab dem Winter 1943/44 dazu, dass nahezu überall in Deutschland KZ-Außenlager entstanden, deren Häftlinge in Rüstungs- und Baubetrieben arbeiten mussten.

Die »Strukturänderung« im System der Konzentrationslager, die Oswald Pohl im April 1942 eher gefordert als festgestellt hatte, setzte sich, wenn überhaupt, erst jetzt durch. Die Zwangsarbeit wurde nun zum bestimmenden Faktor der KZ-Haft, während ideologische Überlegungen in den Hintergrund traten. Allerdings konnten sie jederzeit wieder aktualisiert werden, denn wirtschaftlicher »Pragmatismus« konnte sich gegen den entfesselten Vernichtungsprozess nur sehr begrenzt und auch nur in Teilbereichen des NS-Staates durchsetzen.

Der Wandel im Charakter der Zwangsarbeit im Konzentrationslager zeigt im Grunde zweierlei: Es wird einerseits deutlich, dass sich die Konzentrationslager nicht selbstläufig entwickelten, sondern in der gesamten Zeit ihres Bestehens an die konkreten Erfordernisse des NS-Machtapparates angepasst blieben. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass sich die wechselnden politischen Funktionszuweisungen im internen Lagerbetrieb keineswegs immer und vollständig niederschlugen. Vielmehr deutet dies auf die zweite wichtige Feststellung hin: Die Zwangsarbeit hatte unterschiedliche Erscheinungsformen und Funktionen; und wenn sich auch in der zweiten Kriegshälfte das Schwergewicht zur wirtschaftlichen Ausbeutung hin verlagerte, so verlief diese Entwicklung doch nicht widerspruchsfrei. Beim »Arbeitseinsatz« der KZ-Häftlinge redeten viele Stellen im NS-Machtgefüge mit, und diese vertraten keineswegs einheitliche Positionen.

53 Zu Auschwitz vgl. etwa Setkiewicz, Häftlingsarbeit, zu Mauthausen Perz, Arbeitseinsatz, zu Buchenwald Schulte, Zwangsarbeit, S. 214 ff.

Der Interessenkonflikt zwischen Polizei und SS-Verwaltung

Die Auseinandersetzungen über die Funktion der Konzentrationslager und die Verfügungsgewalt über die Häftlinge reichen bis in die Frühzeit der NS-Herrschaft zurück. Gerade die Phase der frühen Konzentrationslager war durch Machtkämpfe zwischen parteiamtlichen und staatlichen Stellen, aber auch innerhalb der NSDAP gekennzeichnet. Mit der Ernennung Heinrich Himmlers zum Leiter des preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes im April und der Einsetzung seines Protégés Theodor Eicke als Inspekteur der Konzentrationslager im Juli 1934 konnte sich die SS schließlich im Konflikt um die Kontrolle über die Konzentrationslager durchsetzen.

Die Zuständigkeiten und Mitspracherechte der Justiz und des zivilen staatlichen Verwaltungsapparates wurden immer weiter zurückgedrängt. Durch die zunehmende Verschmelzung von Polizei und SS gelang es »Reichsführer-SS« (RFSS) Heinrich Himmler bald, seinem Machtbereich nicht nur die Konzentrationslager, sondern den gesamten Polizei- und Repressionsapparat einzuverleiben. Mit der Ernennung zum »Chef der Deutschen Polizei« führte er seit Juni 1936 das gesamte deutsche Polizeiwesen.[54] Dieses wurde wenig später in zwei Verbänden zusammengefasst: Die »Sicherheitspolizei« (Sipo) unter Reinhard Heydrich umfasste die mittlerweile reichseinheitlich organisierte Gestapo und die Kriminalpolizei (Kripo), während dem »Hauptamt Ordnungspolizei« (Orpo) unter Kurt Daluege die städtischen Schutzpolizei-Einheiten, die Gendarmerie auf dem Land und die Gemeindepolizei in den kleineren Ortschaften unterstellt wurden. Einen Monat nach Kriegsbeginn, am 1. Oktober 1939, erreichte der Konzentrationsprozess mit der Zusammenlegung des staatlichen Hauptamtes »Sicherheitspolizei« mit dem parteiamtlichen SD-Hauptamt im »Reichssicherheitshauptamt« (RSHA) seinen vorläufigen Abschluss. Die Leitung des RSHA wurde Heydrich übertragen, dessen Amt nach seinem Tod im Juni 1942 zunächst Himmler selbst und zum 30. Januar 1943 SS-Gruppenführer Ernst Kaltenbrunner übernahm.

Dem Organisationsmodell der SS folgend gliederte sich das RSHA in zunächst sechs, später sieben Ämter. Die Gestapo ging im wesentlichen in dem von SS-Brigadeführer (seit 1941 SS-Gruppenführer) Heinrich Müller geleiteten Amt IV auf, das – wenn auch mehrfach umorganisiert – bis Kriegsende bestehen blieb. Über die »Politischen Abteilungen« in den Konzentrationslagern konnte Müllers Amt IV direkt auf die Verwaltung der Konzentrationslager Einfluss nehmen.

Bis 1938 waren nach den Bestimmungen des grundlegenden Schutzhaft-Erlasses des Reichsinnenministers vom 12. April 1934 (ergänzt am 26. April 1934) neben dem Geheimen Staatspolizeiamt und den regionalen Staatspolizeistellen auch die Landesregierungen und die preußischen Regierungspräsidenten für

54 Zur Organisationsgeschichte von SS und Politischer Polizei vgl. Buchheim, Herrschaftsinstrument; sowie Dierl u. a., Ordnung und Vernichtung.

die Verhängung der Schutzhaft zuständig.[55] Ein Erlass des Reichsinnenministeriums beschränkte diese Zuständigkeit am 1. Februar 1938 auf das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin.[56] Damit war das Mitspracherecht der Ministerial- und Länderbehörden bei KZ-Angelegenheiten zurückgedrängt.

Innerhalb der Sicherheitspolizei hatte die Gestapo auf dem Gebiet der KZ-Haft jedoch noch eine andere Konkurrenz: die Kripo. Im Rahmen der »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« hatte diese in Preußen bereits seit dem Winter 1933/34 die Befugnis, sogenannte »Berufsverbrecher« ohne Gerichtsurteil in ein Konzentrationslager einzuweisen.[57] Anfang 1937 wurde mit einem Erlass Himmlers die »Vorbeugungshaft« reichsweit eingeführt; und im März desselben Jahres kam es überall in Deutschland zu Massenverhaftungen von Personen, die in den Kripostellen als »Berufsverbrecher« geführt wurden.[58] Die Einweisung von 2000 »Vorbeugungshäftlingen« in die Konzentrationslager bewirkte nicht nur einen sprunghaften Anstieg der Häftlingszahlen, sondern auch eine Veränderung innerhalb der Lagergesellschaften. Im KZ Buchenwald befanden sich beispielsweise am 1. Juli 1938 neben 4582 ASR-Gefangenen und 1064 Vorbeugungshäftlingen nur 1621 politische Schutzhäftlinge.[59]

Die Massenverhaftungen vom März 1937 waren das erste große sichtbare Ergebnis des Wandels von der Gegnerbekämpfung zur Generalprävention. Ein Jahr später folgten die »Asozialen«-Verhaftungen. Auch hier war neben der Gestapo die Kripo federführend beteiligt, zugleich aber auch die Arbeits- und Fürsorgeämter. Der Zusammenhang mit der Mobilisierung des Arbeitsmarktes im Rahmen der Kriegsvorbereitung ist offensichtlich: Die Arbeitsämter meldeten diejenigen arbeitsfähigen Männer, die angebotene Arbeitsplätze zweimal abgelehnt oder wieder verlassen hatten, der Gestapo, und diese stellte die Listen für die ersten Verhaftungen im April 1938 zusammen.[60]

Für eine zweite Verhaftungswelle im Juni 1938 war allein die Kripo verantwortlich. Grundlage für diese Razzia war ein von Heydrich unterzeichneter Schnellbrief des Reichskriminalpolizeiamtes an alle Kripoleitstellen vom 1. Juni 1938, wonach in jedem Kripoleitstellenbezirk mindestens 200 arbeitsfähige (!) Männer in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen seien. Die sozialdisziplinierende Stoßrichtung im Kontext der Kriegsvorbereitung wird in der Begründung deutlich, die mehr war als nur ein legitimatorischer Hinweis: »Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeits-

55 Vgl. Broszat, System, S. 35 ff.
56 Vgl. ebd, S. 88 f.
57 Vgl. Wagner, Vernichtung der Berufsverbrecher, S. 92 f.
58 Vgl. ebd., S. 98 f., sowie Pingel, Häftlinge, S. 70.
59 Zahlen nach Stein, Funktionswandel, S. 169.
60 Vgl. Ayaß, Asoziale, S. 140 ff.; Drobisch/Wieland, System, S. 284; Broszat, System, S. 84 f.

fähigen Kräfte und lässt es nicht zu, dass asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.«[61]

Die aufeinanderfolgenden Verhaftungswellen zunächst der Gestapo und dann der Kripo könnten den Verdacht aufkommen lassen, die Kripo habe gegenüber der Gestapo nicht nachstehen und ihre Eigenständigkeit beweisen wollen. Nun waren Kripo und Gestapo aber seit dem Sommer 1936 unter dem Dach der »Sicherheitspolizei« zusammengefasst; beide Behörden unterstanden Heydrich. Zudem arbeiteten Gestapo und Kripo sowie die Arbeits- und Fürsorgeämter bei den ASR-Razzien eng zusammen. Kripo und Gestapo scheinen hier also eher mit- als gegeneinander gearbeitet zu haben.

Potentiell konfliktträchtig waren die Verhältnisse schon eher innerhalb der Gestapo. Seit Dezember 1934 war Eickes IKL dem Gestapa eingegliedert. Gleichzeitig wurde ihr die alleinige Zuständigkeit für alle Angelegenheiten der Organisation und Verwaltung der Konzentrationslager zugesprochen.[62] Für die karteimäßige Erfassung der KZ-Häftlinge sowie Einweisungen und Entlassungen war dagegen das Schutzhaft-Dezernat im Gestapa verantwortlich, das mit den Politischen Abteilungen in jedem Konzentrationslager eine örtliche Zweigstelle hatte.[63] An der zweigleisigen Struktur der KZ-Verwaltung änderte sich weder mit der direkten Unterstellung der IKL unter Himmler im Sommer 1939 etwas noch mit ihrer Eingliederung in das SS-WVHA im März 1942. Zwar begegnete die Lager-SS den Gestapo-Beamten in den Lagern häufig mit Argwohn, an der Spitze der Gestapo und der IKL scheint es dagegen trotz der polykratischen Struktur des Repressionsapparates bis 1939 kaum Reibungen gegeben zu haben.[64] Allerdings gab es auch keinen konkreten Anlass für ernsthafte Auseinandersetzungen. Bis 1937/38 hatten die Konzentrationslager innerhalb des NS-Herrschaftsapparates noch nicht den späteren Stellenwert, und als sich mit den »Asozialen«-Razzien sowie dem Konzept der »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« ab 1937/38 die neuerrichteten Lager zu füllen begannen,

61 Schnellbrief des Reichskriminalpolizeiamtes an alle Kriminalpolizeileitstellen, 1.6. 1938, zit. nach Ayaß, Asoziale, S. 149. Ayaß verweist zu Recht darauf, dass die Zielrichtung der »Juni-Aktion« über die »vorbeugende Verbrechensbekämpfung« hinausging; seine Einschätzung, der eigentliche Zweck der Verhaftungen sei die Arbeitskräftebeschaffung (für die Konzentrationslager?) gewesen, kann jedoch nicht überzeugen (vgl. ebd., S. 150). Wichtiger als die Ausnutzung der Arbeitskraft der »Asozialen« in den Konzentrationslagern (in denen von produktiver Arbeit im Sommer 1938 bestimmt nicht gesprochen werden konnte) war sicherlich die Disziplinierung der Arbeiterschaft; vgl. Pingel, Häftlinge, S. 71 f.

62 Vgl. Tuchel, Konzentrationslager, S. 209 ff. u. 252 ff.

63 Die Einrichtung eigenständiger Politischer Abteilungen innerhalb der KZ-Verwaltungen erfolgte vermutlich parallel zur Reorganisation des KZ-Systems seit Eickes Amtsantritt als Inspekteur der Konzentrationslager im Sommer 1934. Für das KZ Dachau ist die Existenz einer der Gestapo unterstellten Politischen Abteilung bereits im Jahr 1934 nachgewiesen; vgl. Drobisch/Wieland, System, S. 191.

64 Vgl. Tuchel, Konzentrationslager, S. 212 ff. Anders urteilend Sofsky, Ordnung des Terrors, S. 44.

hatte Eicke sein Hauptinteresse längst auf den Aufbau der SS-Totenkopfverbände gerichtet.

Während Eicke also offenbar weitgehend reibungslos mit der Gestapo zusammenarbeitete, erhielt mit dem Ausbau der Konzentrationslager und der SS-Wirtschaftsunternehmen eine andere Gliederung innerhalb der SS zunehmend Gewicht im Organisationsgefüge der Konzentrationslager: die SS-Verwaltung unter Oswald Pohl. Dieser leitete seit 1934 eine kleine Verwaltungsabteilung im Stab des RFSS, die er bis April 1939 schrittweise zum nunmehr selbständigen »SS-Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft« ausbaute. Zugleich war er Leiter des Hauptamtes Haushalt und Bauten im Reichsinnenministerium.[65] Als Leiter der SS-Verwaltung war Pohl seit dem Sommer 1934 an der Verwaltung der Konzentrationslager beteiligt, seit 1938 war ihm auch formal die Verwaltungsabteilung der IKL unterstellt. Daneben leitete er die expandierenden Wirtschaftsbetriebe und spätestens seit 1938 das gesamte Bauwesen in den Konzentrationslagern. Die Eingliederung der IKL in das neugebildete SS-WVHA im März 1942 bildete den konsequenten Abschluss dieser Entwicklung.

Trotz aller Tendenzen zur Zentralisierung wurde das KZ-System nie einheitlich geleitet. Für sämtliche Schutzhaft-Angelegenheiten blieb immer die Gestapo zuständig. Das Bauwesen in den Konzentrationslagern und die SS-Wirtschaftsbetriebe unterstanden Pohl, dessen Macht sowohl im staatlichen als auch im SS-Apparat verankert war. Für die Bewachung der Konzentrationslager war Eicke in seiner Funktion als Führer der SS-Wachverbände zuständig. Die IKL war im wesentlichen für die Behandlung der Häftlinge in den Lagern verantwortlich, seit September 1941 auch für den »Arbeitseinsatz«, der vorher vom Hauptamt Haushalt und Bauten gesteuert worden war.[66] Gesundheitliche und sanitäre Angelegenheiten oblagen schließlich dem »Leitenden Arzt KL«, der bis zur Eingliederung der IKL in das SS-WVHA dem SS-Sanitätsamt unterstand.[67]

Das mehrgleisige Organisationsprinzip und die Praxis der dualen Unterstellung förderten das Entstehen relativ autonom agierender Machtzentren, deren Vorgehen kaum an Regeln gebunden war und nicht durch eine zentrale Stelle kontrolliert werden konnte.[68] Es zeigt sich aber auch, dass eine Vielzahl von staatlichen und parteiamtlichen Institutionen mit Fragen der KZ-Haft befasst waren. Damit kann zwar von einem häufig eigenständigen, nicht aber von einem isolierten Vorgehen der lokalen und regionalen Dienststellen im KZ-System die Rede sein.

65 Vgl. auch im Folgenden Tuchel, Konzentrationslager, S. 243 ff., besonders S. 274 ff.; Naasner, Machtzentren, S. 252 ff., sowie Schulte, Zwangsarbeit, S. 32 ff.

66 Vgl. Naasner, S. 158 f., Anm. 107.

67 Vgl. Tuchel, Konzentrationslager, S. 280 ff.

68 Vgl. Sofsky, Ordnung des Terrors, S. 44.

In größerem Maße wurden außerhalb des SS-Apparates stehende Institutionen erst nach 1942 in das Organisationsgefüge der Konzentrationslager eingebunden. Der Katalysator dieser Entwicklung war die KZ-Zwangsarbeit. Die rüstungswirtschaftliche Funktionserweiterung der Konzentrationslager ließ nicht nur ein Netz von KZ-Außenlagern im gesamten Reichsgebiet und in den besetzten Nachbarländern entstehen, sondern weckte auch Konflikte zwischen den ohnehin schon in das KZ-System involvierten Behörden und der Rüstungsindustrie, deren Interesse am bisher kaum genutzten Arbeitskräftepotential in den Lagern geweckt worden war.

2. Ausdehnung des Lagersystems: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie

Das Lagernetz: Die KZ-Außenlager

Nach ersten Kooperationsversuchen seit 1941 bahnten sich mit der Eingliederung der IKL in das WVHA im Frühjahr 1942 engere Formen der Zusammenarbeit zwischen der Rüstungsindustrie, dem Speer-Ministerium und der SS an. Zunächst mussten jedoch noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden: Während Himmler und Pohl in den kriegsbedingten Expansionsmöglichkeiten der SS-Wirtschaftsbetriebe eine Chance sahen, im Rüstungsgeschäft Fuß zu fassen, fürchtete die Rüstungsindustrie die Konkurrenz durch die SS, und im Munitionsministerium wollte man sich die Leitung der Rüstungswirtschaft nicht aus den Händen nehmen lassen.[69] Der Misserfolg der Kooperationsversuche in den Konzentrationslagern Buchenwald und Neuengamme schien den Befürchtungen im Speer-Ministerium und in der Industrie recht zu geben. Das Munitionsministerium drängte darum die SS-Führung, ihren starren Standpunkt aufzugeben, wonach Rüstungsfertigungen nur innerhalb der bestehenden Konzentrationslager aufgenommen werden sollten. Am 15. September 1942 trafen sich führende Repräsentanten aus dem WVHA und aus Speers Ministerium zu einer entscheidenden Besprechung, in deren Verlauf Speer der SS seine Unterstützung bei Baumaßnahmen in Auschwitz zusicherte. Das WVHA rückte im Gegenzug von seiner bisherigen Haltung in der Standortfrage ab, wie Pohl am folgenden Tag an Himmler meldete:

> »Die Übernahme großer geschlossener Rüstungsaufgaben durch uns setzt freilich voraus, daß wir uns von einem Grundsatz freimachen. Wir dürfen nicht mehr engstirnig darauf bestehen, daß alle Fertigungen in unsere Lager hinein verlegt werden müssen. Solange wir uns mit sogenanntem Kleckerkram, wie Sie, Reichsführer, unsere bisherigen Arbeiten infolge ihres gerin-

69 Vgl. auch im Folgenden Naasner, Machtzentren, S. 300 ff., und Buggeln, Arbeit, S. 36 ff.

gen Umfanges ganz richtig bezeichnet haben, beschäftigt haben, konnten wir diese Forderung mit Recht erheben. Wenn wir morgen aber ein geschlossenes Rüstungswerk mit 5 oder 10 oder 15 tausend Häftlingen übernehmen wollen, so ist es unmöglich, ein solches Werk intra muros zu errichten. Es muß, wie Reichsminister Prof. Speer es richtig bezeichnet, auf der grünen Wiese liegen. Dann wird ein elektrischer Zaun herum gespannt, das bisher leere Werk wird mit der erforderlichen Anzahl Häftlinge bemannt und läuft alsdann als SS-Rüstungsbetrieb. […] Soweit freie Betriebe nicht vorhanden sind, sollen Rüstungsbetriebe, welche infolge unzureichender Belegschaft ihre volle Kapazität bisher nicht ausgefüllt haben, ganz geleert und alsdann 100 %ig durch unsere Häftlinge aufgefüllt werden. Die dadurch freiwerdenden deutschen und ausländischen Arbeiter dieser Betriebe aber sollen zur Ausfüllung von Arbeitslücken in gleichartigen Rüstungsbetrieben verwendet werden.«[70]

Den Wünschen aus der Rüstungsindustrie war damit jedoch noch nicht vollends entsprochen. Zum einen beabsichtigte diese, die Häftlinge in den vorhandenen Betrieben einzusetzen und nicht »auf der grünen Wiese«, zum anderen zeigt Pohls Hinweis auf die »SS-Rüstungsbetriebe«, dass die Rechtsform und dabei vor allem die Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die gefertigten Rüstungsgüter selbst noch nicht geklärt war.

Die Forderung nach Fertigungs-Lagern »auf der grünen Wiese« und der Versetzung der bisherigen Belegschaft in andere Betriebe hatte noch einen anderen Hintergrund. Offenbar wollte die SS-Führung vermeiden, dass KZ-Häftlinge in allzu großer Nähe zur Bevölkerung eingesetzt wurden, und auch der gemeinsame »Arbeitseinsatz« von deutschen und ausländischen Zivilarbeitern mit KZ-Häftlingen schien ihr nicht opportun. Über die Motive kann man nur Vermutungen anstellen. Die Bewachungsfrage mag ein wichtiger Grund gewesen sein, aber auch die Befürchtung, zwischen den Häftlingen und der Bevölkerung könnten sich zu enge Berührungspunkte ergeben. Noch hielt die SS am Konzept der isolierten Lager fest, das es ermöglichte, die Wahrnehmung der NS-Verbrechen durch die Gesellschaft gleichsam zu exterritorialisieren.[71]

Auch Hitler hielt die Isolation der Lager offenbar für nötig. Nach der bereits erwähnten Besprechung vom 20. bis 22. September 1942, auf der Hitler dem Prinzip des Häftlingseinsatzes in bestehenden Betrieben zustimmte, notierte Speer:

»Den Führer aufmerksam gemacht, daß – über eine geringe Menge von Arbeiten hinaus – es nicht möglich sein wird, in den Konzentrationslagern eine

70 Schreiben Pohl an Himmler, 16.9.1942, Nbg. Dok. NI-15392.

71 Dass dieses Konzept zumindest in den Konzentrationslagern im Reichsgebiet nie ganz umgesetzt wurde, zeigt sich an den Beispielen Dachau und Buchenwald, die enge Verbindungen zu den benachbarten Städten Dachau und Weimar hatten; vgl. Steinbacher, Dachau; Schley, Nachbar Buchenwald 1996.

Rüstungsfertigung aufzuziehen, denn 1) fehlen hierfür die notwendigen Werkzeugmaschinen, 2) die notwendigen Baulichkeiten, während in der Rüstungsindustrie durch Ausnutzung der zweiten Schicht beides noch vorhanden sei. Der Führer ist mit meinem Vorschlag einverstanden, nachdem die verschiedensten Betriebe, die aus Luftschutzgründen *außerhalb der Städte* angelegt wurden, ihre vorhandenen Arbeitskräfte an Betriebe in den Städten zur Auffüllung der zweiten Schicht abgeben und hierfür aus den Konzentrationslagern die notwendigen Arbeitskräfte – ebenfalls für zwei Schichten – erhalten. Ich habe den Führer auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die ich in der Forderung von Reichsführer SS Himmler sehe, einen maßgebenden Einfluß auf diese Betriebe auszuüben. Auch der Führer hält einen solchen Einfluß nicht für erforderlich.«[72]

Zwar konnte sich das Speer-Ministerium letztlich gegenüber den wirtschaftlichen Expansionsbetrebungen der SS und der Forderung, Häftlinge nur in Betrieben außerhalb der Städte einzusetzen, durchsetzen. Der Beginn eines systematischen und umfassenden Einsatzes von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie verzögerte sich dadurch jedoch bis in das Jahr 1943. Als Ausgleich für die zur Wehrmacht eingezogenen deutschen und die ausbleibenden ausländischen Arbeitskräfte setzten seit diesem Jahr immer mehr Betriebe KZ-Häftlinge ein, die meist aus dem nächstgelegenen Hauptlager abgestellt und auf dem Werksgelände oder in der Nähe davon in Baracken oder leerstehenden Werkshallen untergebracht wurden. Besonders im Zusammenhang mit Industrieverlagerungen entstanden solche Außenlager, hier allerdings häufig auch auf der »grünen Wiese«, wie es Pohl 1942 gefordert hatte.

Bald überzog ein immer dichteres Netz von KZ-Haupt- und Außenlagern das gesamte Reichsgebiet und die deutsch besetzten Nachbarstaaten. Ende März 1944 war ihre Zahl bereits auf 20 Haupt- und 165 Außenlager gewachsen, von denen die meisten im Reichsgebiet lagen.[73] Bis zum Kriegsende vervielfachte sich diese Zahl noch einmal; Anfang 1945 dürfte es bis zu 1000 KZ-Haupt- und Außenlager gegeben haben.

In der SS-Terminologie wurden Außenlager meist als »Arbeitslager« bezeichnet, was auf die Funktion hinweist, die man diesen Lagern im SS-WVHA zuwies. Bisweilen finden sich in den Akten auch Begriffe wie »Außenkommando« oder »Nebenlager«, was die Einordnung der Lagertypen und -standorte erheblich erschwert. Unter einem »Außenkommando« konnte die SS sowohl ein tatsächliches Außenlager verstehen als auch ein Arbeitskommando, dessen Häftlinge im Hauptlager untergebracht waren und dieses nur während der

72 Nbg. Dok. R-124, IMT, Bd. 38, S. 336 ff., hier S. 359 f. (Hervorhebung durch d. Verf.); vgl. auch Boelcke, Rüstung, S. 187 f.

73 Schreiben Pohl an Himmler, 5.4.1944, mit einer Zusammenstellung aller am 31.3.1944 bestehenden Konzentrationslager, BA, NS 19/1921, Bl. 1.

Arbeitsschicht in einem in der Nähe gelegenen Betrieb verließen.[74] Um Unklarheiten auszuschließen, werden im Folgenden zur Unterscheidung zu den in Außenbereichen eingesetzten Arbeitskommandos (*Außenkommandos*) alle direkt einem Hauptlager organisatorisch und administrativ unterstellten Lager einheitlich als *Außenlager* bezeichnet. Größere Außenlager bildeten bisweilen nach dem Schneeballprinzip wiederum eigene Außenlager, die im Folgenden einheitlich als *Nebenlager* bezeichnet werden.

Je größer die Belegstärke eines Lagers war, desto rationeller und personalsparender konnte die SS seine Insassen bewachen. Sie bemühte sich daher, möglichst nur Gruppen von mindestens 500 Häftlingen an einzelne Betriebe abzugeben.[75] Tatsächlich schwankte die Belegstärke von Außenlagern jedoch zwischen einigen Dutzend und mehreren Zehntausend Häftlingen.

In den meisten Fällen waren Außenlager nach dem Territorialprinzip dem nächstgelegenen KZ-Hauptlager untergeordnet, in Einzelfällen konnten aber auch etwa produktionstechnische Gründe zur Unterstellung unter ein weiter entfernt liegendes Hauptlager führen. Im Allgemeinen wurden Häftlingstransporte in Außenlager im jeweiligen Hauptlager zusammengestellt, woher üblicherweise auch das Wachpersonal stammte. Dieses unterstand der Disziplinargewalt und Befehlsbefugnis des Kommandanten im Hauptlager, der somit für den gesamten Lagerkomplex verantwortlich war. Im Hauptlager wurden auch die Häftlingskarteien für den gesamtem Lagerkomplex geführt; hier wurde für alle Außenlager der Häftlingsverleih an die Industrie statistisch erfasst und abgerechnet, und von hier aus erfolgte die zentrale Verteilung der Häftlingskleidung sowie häufig auch der Nahrungsmittel. Schließlich waren dem »Standortarzt« im Hauptlager sämtliche SS- und Häftlingskrankenreviere in den Außenlagern unterstellt. Zwischen den Außenlagern und dem Hauptlager ergaben sich also mehr oder weniger enge Verflechtungen, die sich, wie am Beispiel des KZ Mittelbau-Dora zu zeigen sein wird, nachhaltig auf die Überlebenschancen der Häftlinge auswirkten.

74 Die mangelnde terminologische Trennschärfe zieht sich bis in die Sekundärliteratur. So verwenden einige Autoren die Begriffe »Außenkommando«, »Außenlager« und »Nebenlager« weitgehend synonym; vgl. z. B. Fröbe u. a., Konzentrationslager, S. 4, Anm. 2. Durch Fehlinterpretation der Quellen kann aus einem lediglich außerhalb des Lagerzaunes *arbeitenden* Häftlingskommando leicht ein Außenlager werden, das nie existiert hat. So wird in diversen Außenlagerverzeichnissen zum KZ Mittelbau-Dora ein Lager in Niedersachswerfen aufgeführt, bei dem es sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur um ein Arbeitskommando handelte; vgl. etwa Schwarz, Lager, S. 178, sowie Weinmann, Lagersystem, S. 586.

75 Nur in Ausnahmefällen gestattete die SS einen Einsatz von weniger als 500 Häftlingen, bisweilen war sie nicht einmal bereit, weniger als 1000 Häftlinge abzugeben. Vgl. Jägerstab-Protokoll vom 24.6.1944, Nbg. Dok. NG-1571, sowie Fröbe, KZ-Häftlinge, S. 668.

Die Verwaltung der KZ-Zwangsarbeit: Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Mit der Ausweitung der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie setzte sich die zentrale Lenkung des Häftlingseinsatzes durch. Bereits im Herbst 1941 hatte die Arbeitseinsatz-Abteilung der IKL angeordnet, der Einsatz von Häftlingen in Betrieben müsse zentral durch die IKL genehmigt werden.[76] Dahinter stand ganz offenbar die Absicht, zum einen den geplanten systematischen Häftlingseinsatz in der Industrie koordinieren zu können, zum anderen aber auch die übliche Praxis zu unterbinden, nach der KZ-Kommandanten in eigener Regie Häftlinge an örtliche Betriebe vermieteten und damit beträchtliche Summen verdienten.[77] Offenbar konnte sich die Oranienburger Zentrale jedoch nicht so schnell durchsetzen. Im April 1942 sah sich WVHA-Chef Pohl gezwungen, in einem Rundschreiben erneut darauf aufmerksam zu machen, dass die Zuweisung von KZ-Arbeitskräften nur zentral durch die Amtsgruppe D im WVHA zu erfolgen habe, in der die IKL inzwischen aufgegangen war.[78]

Die aus der IKL hervorgegangene Amtsgruppe D unter Richard Glücks bildete eine von fünf großen Abteilungen in Oswald Pohls WVHA.[79] Sie setzte sich aus vier Ämtern zusammen, wobei dem für die KZ-Zwangsarbeit zuständigen Amt D II unter SS-Sturmbannführer (später SS-Standartenführer) Gerhard Maurer die zentrale Aufgabe der Koordination und Verrechnung des Häftlingsverleihs zukam. Frühere Mitarbeiter aus den SS-Wirtschaftsbetrieben bezeichneten Maurer später als »die treibende Kraft bei dem Häftlingseinsatz« und als designierten Nachfolger des kränkelnden Amtsgruppenchefs Glücks.[80] Eine wichtige Funktion hatte daneben das Amt D III unter SS-Sturmbannführer Dr. Enno Lolling, der das Sanitätswesen in den Konzentrationslagern leitete. Das Amt D IV, das für die gesamte KZ-Verwaltung zuständig war, darunter für die Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung der Häftlinge, konnte

76 Schreiben des Arbeitseinsatz-Beauftragten der IKL an die KZ-Kommandanten, 28.11. 1941, mit Bezug auf eine entsprechende Verfügung vom 14.10.1941; Nbg. Dok. NO-718. Die Dienststelle des »Beauftragten für den Arbeitseinsatz« in der IKL entstand im Herbst 1941 durch Herauslösung der Abteilung Häftlingseinsatz aus dem Hauptamt Haushalt und Bauten; vgl. Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit, S. 144 ff.

77 Vgl. Kogon, SS-Staat, S. 309 ff.

78 Anordnung Pohls an die KZ-Kommandanten, 30.4.1942, Nbg. Dok. R-129, IMT, Bd. 38, S. 365.

79 Zur Gliederung des WVHA vgl. den Organisationsplan vom 3.3.1942, BA, NS 3/555, Bl. 8 (abgedr. in: Naasner, SS-Wirtschaft, S. 242 f.), sowie Schulte, Zwangsarbeit, S. 205 f.

80 »Mindener Bericht« (1945 von einigen Mitarbeitern des WVHA im einem amerikanischen Internierungslager verfasst), Nbg. Dok. NO-1573, abgedr. in: Naasner, SS-Wirtschaft, S. 70. Rudolf Höß, seit November 1943 Chef des Amtes D I, bezeichnete Maurer, der Ende 1942 stellvertretender Chef der Amtsgruppe D wurde, in seinen Erinnerungen als den »eigentlichen Inspekteur« der Konzentrationslager; Kommandant in Auschwitz, S. 205.

ebenfalls einen entscheidenden Einfluss auf die Existenzbedingungen in den einzelnen Lagern ausüben, während das Amt D I lediglich allgemeine organisatorische Aufgaben wahrnahm. Unter Umgehung der Lagerkommandanten waren die Ämter der Amtsgruppe D gegenüber den entsprechenden Abteilungen in den einzelnen Konzentrationslagern in fachlichen Fragen weisungsbefugt. Das bedeutete, dass der Arbeitseinsatzführer eines Lagers disziplinarisch zwar dem Kommandanten unterstand, seine Befehle in der Regel jedoch aus dem Amt D II erhielt. Entsprechendes galt für die SS-Ärzte, die fachlich dem Amt D III unterstanden, und für die Lagerverwaltungen, die sich nach Befehlen aus dem Amt D IV zu richten hatten. Das Prinzip der Doppelunterstellung führte zwar, wie am Beispiel des KZ Mittelbau-Dora noch zu zeigen sein wird, zu Reibereien innerhalb der Lager-SS, erhöhte aber die Flexibilität in der Organisation der Konzentrationslager.[81] Gerade die Verwaltung der Zwangsarbeit wurde dadurch erleichtert, da das Amt D II selbst in Detailfragen unmittelbar auf die Häftlingsarbeit in jedem einzelnen Lager Einfluss nehmen konnte.

Neben der Amtsgruppe D waren auch die Amtsgruppen C (Bauwesen) und W (wirtschaftliche Unternehmungen) mit der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen befasst. Die beiden Amtsgruppen A (Truppenverwaltung) und B (Truppenwirtschaft) waren in diesem Zusammenhang dagegen eher irrelevant. In der Amtsgruppe W waren sämtliche Wirtschaftsunternehmen der SS zusammengefasst, also auch die SS-eigenen Betriebe wie die DESt oder die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW), die als Arbeitskräfte fast ausschließlich KZ-Häftlinge einsetzten. Im KZ Mittelbau-Dora spielten diese Betriebe jedoch keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle.[82]

Von herausragender Bedeutung für die Geschichte des KZ Mittelbau-Dora war hingegen die Amtsgruppe C unter SS-Brigadeführer (später SS-Obergruppenführer) Dr. Ing. Hans Kammler.[83] Hervorgegangen aus dem Amt II (Bauten) des SS-Hauptamtes Haushalt und Bauten, das der aus dem Reichsluftfahrtministerium (RLM) übergewechselte Kammler seit Juni 1941 geleitet hatte, unterstand der Amtsgruppe C das gesamte Bauwesen der SS. Dies betraf nicht nur Baumaßnahmen innerhalb der Konzentrationslager, also den Bau von Häftlings- und SS-Unterkünften sowie von Gaskammern und Krematorien. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion oblag Kammler zu-

81 Vgl. Sofsky, Ordnung des Terrors, S. 127.

82 Lediglich das Tischlereikommando im Lager Dora, das u. a. mit dem Aufbau des Barackenlagers beschäftigt war und durchschnittlich etwa 70 Häftlinge zählte, wurde von der Arbeitsverwaltung in Buchenwald bis April 1944 als Kommando der DAW geführt und gegenüber dem WVHA entsprechend abgerechnet; vgl. Arbeitsstatistik KZ Buchenwald, Arbeitseinsatzmeldungen 1944, HStA Weimar, NS 4 Bu/230. Die DAW unterstanden dem Amt W IV (Holzverarbeitungsbetriebe) im WVHA; vgl. Naasner, SS-Wirtschaft, S. 243.

83 Zur Biographie Hans Kammlers (1901-1945) siehe ebd., S. 338 ff., sowie Fröbe, Hans Kammler.

dem die bauliche Planung von SS- und Polizeistützpunkten für Himmlers gigantomanisches Ostsiedlungsprojekt. Außerdem verfügte die Amtsgruppe C über die KZ-Häftlinge in den seit 1942 aufgestellten SS-Baubrigaden.

Entscheidend für den Machtzuwachs der Amtsgruppe C und ihres Leiters wurde die Verlagerung der Raketenfertigung in das KZ Dora bzw. das unterirdische Mittelwerk bei Nordhausen. Wie bei der seit März 1944 nach dem Vorbild des Mittelwerkes betriebenen Untertageverlagerung der Jägerfertigung stellte Kammlers Bauorganisation nicht nur die nötigen KZ-Arbeitskräfte, sondern leitete auch die Bauarbeiten. Seit dem Frühjahr 1944 mussten Zehntausende von Häftlingen auf Kammlers unter- und oberirdischen Baustellen härteste Arbeiten verrichten. Mit der Kompetenzerweiterung löste sich Kammlers Bauorganisation zunehmend aus dem WVHA. Der »Sonderstab Kammler« ging zwar personell und institutionell aus der Amtsgruppe C hervor, in mehreren Funktionen unterstand Kammler jedoch seit 1944 nicht mehr Pohl, sondern direkt Himmler, Speer oder Hitler. Damit war es ihm möglich, unter Umgehung des eigentlich für den Häftlingseinsatz zuständigen Amtes D II direkt über den Einsatz von KZ-Häftlingen auf seinen Baustellen zu verfügen.

Häftlingsverleih an die Rüstungsindustrie

Himmler und Pohl versprachen sich von der Kooperation mit der Rüstungsindustrie eine Stärkung der Macht- und Autarkiebestrebungen der SS. Die Unternehmen brauchten zwar Arbeitskräfte, die die SS zu stellen versprach, hatten jedoch kaum ein Interesse daran, sich mit der SS Konkurrenz ins Haus zu holen. Hier liegt einer der Hauptgründe dafür, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der SS und der Industrie nur sehr zögerlich entwickelte, obwohl doch schon im September 1942 sämtliche organisatorischen Hindernisse beseitigt worden waren.

Während sich die meisten Privatunternehmen zunächst noch abwartend verhielten, wurden reichseigene oder halbstaatliche Firmen sehr viel schneller mit der SS handelseinig. So gingen die Hermann-Göring-Werke und die Volkswagenwerk GmbH bereits im Herbst 1941 bzw. Anfang 1942 eine enge Kooperation mit der SS ein und beschäftigten KZ-Häftlinge, die von der SS gegen Gewinnbeteiligung oder Abgabe eines Teils der Rüstungsprodukte zur Verfügung gestellt wurden.[84] Häufig waren es persönliche Verbindungen der Konzernleitungen zur SS, die eine Zusammenarbeit in die Wege leiteten, bisweilen war es auch die Hilfe durch militärische Stellen. So versuchte das

84 Vgl. Orth, System, S. 175 ff. Zur Zwangsarbeit bei den Hermann-Göring-Werken siehe etwa Wysocki, Arbeit; zum Volkswagenwerk Mommsen/Grieger, Volkswagenwerk. Bereits vorher, seit Sommer 1941, mussten KZ-Häftlinge in Auschwitz-Monowitz Zwangsarbeit für den IG-Farben-Konzern verrichten; vgl. Wagner, IG Auschwitz. Zudem arbeiteten seit Herbst 1941 KZ-Häftlinge im Heinkel-Werk in Oranienburg; vgl. Budraß, Flugzeugindustrie, S. 775 ff.